

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der 6. Tagung des Stadtrates am 15.12.2004**

***ö f f e n t l i c h***

---

**Ort:** Stadthaus, Festsaal,  
**Zeit:** 14:00 Uhr bis 17:50 Uhr  
**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

**Anwesend sind:**

Frau Ingrid Häußler	OB	
Herr Harald Bartl	parteilos	
Herr Martin Bauersfeld	CDU	
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	
Herr Bernhard Bönisch	CDU	
Herr Milad El-Khalil	CDU	
Herr Joachim Geuther	CDU	
Herr Thomas Godenrath	CDU	
Herr Dr. Holger Heinrich	CDU	
Herr Oliver Christoph Klaus	CDU	anwesend ab 15:20 Uhr
Herr Wolfgang Kupke	CDU	
Herr Werner Misch	CDU	
Herr Frank Sängler	CDU	
Herrn Gernot Töpfer	CDU	
Frau Isa Weiß	CDU	
Herr Dr. Erwin Bartsch	PDS	
Frau Ute Haupt	PDS	
Herr Uwe Heft	PDS	anwesend ab 17:00 Uhr
Herr Dr. Uwe-Volkmar Köck	PDS	
Herr Hendrik Lange	PDS	
Herr Dr. Bodo Meerheim	PDS	
Frau Elisabeth Nagel	PDS	
Herr Erhard Preuk	PDS	
Herr Hans-Jürgen Schiller	PDS	
Frau Frigga Schlüter-Gerboth	PDS	
Herr Rudenz Schramm	PDS	
Frau Dr. Petra Sitte	PDS	
Frau Heidrun Tannenber	PDS	
Herr Dr. Mohamed Yousif	PDS	
Herr Dr. Justus Brockmann	SPD	
Herr Dr. Frank Eigenfeld	SPD	
Frau Gertrud Ewert	SPD	
Herr Thomas Felke	SPD	
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD	
Frau Hanna Haupt	SPD	
Herr Gottfried Koehn	SPD	
Herr Johannes Krause	SPD	
Herr Dr. Andreas Schmidt	SPD	
Herr Michael Zeidler	SPD	
Herr Andreas Hajek	FDP	
Herr Heinz Maluch	GRAUE	
Herr Friedemann Scholze	FDP	
Herr Manfred Schuster	WG VS 90	
Frau Brigitte Thieme	GRAUE	
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP	
Herr Prof. Dr. Dieter Schuh	UNABHÄNGIGE	
Frau Sabine Wolff	Neues Forum	
Herr Prof. Ludwig Ehrler	MitBürger	
Frau Dr. Gesine Haerting	GRÜNE	
Frau Thea Ilse	WIR. FÜR HALLE	
Frau Dr. Eva Mahn	MitBürger	
Frau Elke Schwabe	WIR. FÜR HALLE	
Frau Prof. Dorothea Vent	MitBürger	anwesend ab 14:50 Uhr
Herr Dietmar Weihrich	GRÜNE	anwesend ab 14:30 Uhr
Herr Mathias Weiland	GRÜNE	
Frau Andrea Machleid	NPD	

**Entschuldigt fehlen:**

Herr Joachim Knauerhase      WIR. FÜR HALLE

## zu **Einwohnerfragestunde**

---

### Wortprotokoll:

Die Einwohnerfragestunde zur 6. Tagung des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) wurde eröffnet und geleitet vom Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Harald **B a r t l**.

Herr **Kästner**, seit 44 Jahre in Halle als Physiker tätig gewesen, äußerte sich zur geplanten Ausstellung „Phänomene“. Die kritische Frage sei: Wie lange würde sich ein Vorhaben auf dem Holzplatz über Jahre hinaus tragen? Als Alternative könnte man überlegen, das Ganze mit der Neuen Residenz zu koppeln, damit keine Konkurrenz entstehe, sondern eine Synergie. Anliegen dieser Ausstellung sei, eine naturwissenschaftliche Spielwiese zu schaffen, damit Dinge wieder erlebbar werden. Phänomene weckten Interesse und Neugier. Wer Phänomene kenne, begegne Risiken, wer Phänomene erfasse, könne Ingenieur werden, wer Phänomene im Kopf wälze, könne Erfinder werden und wer Phänomene hinterfrage, könne Wissenschaftler werde.

Wegen dieser Erfahrung plädiere er für eine solche Spielwiese in Halle; das wäre nicht nur Vitamin für die Bildungslandschaft, sondern auch eine ausgezeichnete Plattform zur Werbung für dringend benötigten Nachwuchs in Industrie und Forschung.

Herr **Kämmer** sprach zur Neugestaltung des Marktplatzes. Auf dem Markt solle eine Steintafel eingearbeitet werden mit der Geschichte des Alten Rathauses. Er fragte, ob es möglich wäre, in diese Tafel auch die Grundrisse des Alten Rathauses mit anders farbigen Steinen zu gestalten.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** antwortete, es habe umfangreiche Diskussionen darüber gegeben, wie die Neugestaltung des Marktplatzes aussehen solle. Dabei habe das Thema Altes Rathaus immer eine Rolle gespielt. Nach ihrer Erinnerung sei in der geplanten Pflasterung so etwas nicht vorgesehen. Das Modell des Rathaus solle wieder an die entsprechende Stelle gesetzt werden, dazu eine Erklärung. Die Architekten und Planer hätten abgeraten, durch Pflasterung z.B. auch die Hallesche Verwerfung sichtbar zu machen, weil dies nur schön sei, wenn man den unberührten Markt von oben sehe. Ein weiterer Aspekt sei, eine möglichst ruhige Marktfläche zu gestalten, weil die Architekturkulisse um den Markt herum vielfältig sei und auch auf dem Markt viel passiere.

Herr **Klimek** nahm Bezug auf eine von ihm im Oktober während der Einwohnerfragestunde gestellte Anfrage und ein darauf ergangenes Antwortschreiben der Verwaltung. Er fragte, wann die Verwaltung endlich in der Angelegenheit, Durchsetzung der im Bauschein festgelegten Erfordernisse, tätig werde.

Herr **Dr. Pohlack**, Beigeordneter für Planen, Bauen und Straßenverkehr, antwortete, die rechtliche Grundlage für diese Anfrage sei das Problem, dass es bei der Bauausführung an dem besagten Objekt qualitative Mängel gegeben habe, die auf dem privatrechtlichen Wege möglicherweise durchgesetzt werden können, die aber nicht Gegenstand des Bauordnungsrechtes seien. Es sei auch eine Anfrage hinsichtlich der Überprüfung, ob es aus dem öffentlichen Recht Möglichkeiten gebe, gegen den Bauträger deswegen vorzugehen.

Dies sei verneint worden. Der Teil, der baurechtlich öffentlich-rechtlich interessant sei, z.B. die Statik der Kellerdecke, sei über das Bauordnungsamt noch einmal überprüft worden und ergebe keine Standsicherheitsprobleme. Insofern bestehe für das Bauordnungsamt kein weiterer Handlungsbedarf.

Weitere Fragen wurden nicht gestellt.

Der Vorsitzende des Stadtrates beendete die Einwohnerfragestunde.

*Der Vorsitzende des Stadtrates, Herr Bartl, und Frau Oberbürgermeisterin Häußler gratulierten Herrn Dr. Meerheim und Herrn Prof. Dr. Schuh zum Geburtstag.*

Herr **Bartl** erinnerte an den im Oktober getroffenen Beschluss zum Verfahren bei Tonaufnahmen. Von der Kommunalaufsicht sei eine Antwort gekommen, in der ausgesagt werde, dass Tonaufnahmen grundsätzlich gestattet seien. Sollte der eine oder andere Stadtrat Einspruch erheben, dann sei dem stattzugeben.

Er schlage deshalb folgenden Text zur erneuten Beschlussfassung vor:

**Tonaufnahmen öffentlicher Medien sind in öffentlichen Stadtratssitzungen zulässig. Sofern Ratsmitglieder den Tonaufnahmen widersprechen, müssen Tonaufnahmen bei Redebeiträgen dieser Ratsmitglieder unterbleiben.**

**Abstimmung zu diesem Beschlussvorschlag:   mehrheitlich z u g e s t i m m t**  
**bei 1 Nein-Stimme**

## **zu 1       Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

### **Wortprotokoll:**

Die 6. öffentliche Tagung des Stadtrates wurde eröffnet und geleitet vom Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Harald **B a r t l**.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Gegenwärtig seien 45 Mitglieder des Stadtrates (80 %) anwesend.

## **zu 2       Feststellung der Tagesordnung**

---

### **Wortprotokoll:**

Herr **Bartl** informierte, es lägen zwei Dringlichkeitsanträge vor: Antrag der PDS-Fraktion zur gemeinsamen Flächennutzungsplanung mit den Stadtumlandgemeinden als Pilotvorhaben – Vorlage Nr. IV/2004/04648 und Antrag der PDS-Fraktion zur Umbesetzung sachkundiger EinwohnerIn in Ausschüssen – Vorlage Nr. IV/2004/04653.

Herr **Dr. Köck**, PDS-Fraktion, begründete den Antrag zur gemeinsamen Flächennutzungsplanung mit den Stadtumlandgemeinden. Es gelte, Fristen zu wahren, deshalb bitte man, den Antrag heute zu behandeln.

Herr **Bönisch**, CDU-Fraktion, bat, noch einmal deutlich zu machen, worin die Dringlichkeit des Antrages bestehe.

Herr **Dr. Köck** verwies auf die im Antrag benannten Termine zu Meldefristen.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** bemerkte, sie sehe die Dringlichkeit an der Stelle nicht; in der Antwort der Verwaltung werde darauf verwiesen, dass die Stadt den Antrag bereits gestellt habe. Die Stadt habe unabhängig davon, ob es das neue Gesetz gibt oder nicht, eine Gelegenheit gesehen, sich an diesem Forschungsprojekt zu beteiligen und den Antrag gestellt. Man sollte in der Angelegenheit nicht überstürzt vorgehen.

Herr **Dr. Köck** wies daraufhin, es gehe nicht darum, einen Beschluss zu fassen, sondern die Fragestellung auf die Tagesordnung zu nehmen, sie möglicherweise in den Ausschuss zu verweisen, so dass man sich dort detailliert damit befassen könne.

Herr **Dr. Pohlack**, Beigeordneter für Planen, Bauen und Straßenverkehr, betonte, man müsse unterscheiden zwischen der Stellungnahme zum Gesetz – hier bestehe tatsächlich die Frist bis zum 13.01.2005 und es müsse kurzfristig gehandelt werden – und der Frage der Flächennutzungsplanung, was hier dringlich vorgeschlagen werde. Zu Letzterem schlage man vor, dies zunächst zurückzustellen, weil begleitend zu dem Gesetz erkennbar sei, dass das Land Sachsen-Anhalt weitergehende Intentionen habe. Der Antrag zu dem Forschungsprojekt sei bereits gestellt worden. Insofern bestehe für das Thema Flächennutzungsplanung aus Sicht der Verwaltung nicht diese Dringlichkeit.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

**Abstimmung Aufnahme des Dringlichkeitsantrages**

IV/2004/04648 in die Tagesordnung: **keine Zweidrittelmehrheit erreicht  
a b g e l e h n t**

**Abstimmung Aufnahme des Dringlichkeitsantrages**

IV/2004/04653 in die Tagesordnung: **mit mehr als Zweidrittelmehrheit  
z u g e s t i m m t**

Herr **Bartl** informierte, dass die Informationsvorlage unter TOP 10.2 in den nichtöffentlichen Teil der Tagung verlegt werde.

Zu verschiedenen Vorlagen seien Ergänzungs- bzw. Austauschblatt zugegangen.

Weitere Anmerkungen zur Tagesordnung gab es nicht.

**Abstimmung zur Tagesordnung insgesamt:**

**mehrheitlich z u g e s t i m m t  
bei 2 Enthaltungen**

Damit wurde folgendes **T a g e s o r d n u n g** festgestellt:

1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**
2. **Feststellung der Tagesordnung**
3. **Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 24.11.2004**
4. **Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung vom 24.11.2004 gefassten Beschlüsse**
5. **Vorlagen**
  - 5.1. **Einführung des Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens in der Stadt Halle (Saale)**  
Vorlage: IV/2004/04357
  - 5.2. **Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2005 sowie Haushaltskonsolidierung**  
Vorlage: IV/2004/04603
  - 5.3. **Hauptsatzung**  
Vorlage: IV/2004/04501
  - 5.4. **Phänomene**  
Vorlage: IV/2004/04534
    - 5.4.1 **Antrag der HAL-Fraktion - zum weiteren Vorgehen beim Projekt Phänomene in Halle (Saale)**  
Vorlage: III/2004/04194
    - 5.4.2 **Änderungsantrag der HAL-Fraktion zum Antrag der HAL-Fraktion zum weiteren Vorgehen beim Projekt Phänomene**  
Vorlage: III/2004/04217
    - 5.4.3 **Antrag der Stadträtin Isa Weiß, CDU, zum Projekt Phänomene**  
Vorlage: IV/2004/04456
  - 5.5. **Benennung von 4 Aufsichtsratsmitgliedern für die Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) der Arbeitsgemeinschaft (ARGE) zur Umsetzung des SGB II**  
Vorlage: IV/2004/04625
  - 5.6. **Mittelfristige Förderung des Künstlerhaus 188 e. V. und Betriebskostenförderung der unter Punkt 4 genannten Vereine zur Nutzung des Künstlerhauses für den Zeitraum 1. Januar 2005 bis 31.12.2010**  
Vorlage: IV/2004/04295
  - 5.7. **Vertrag über die Förderung der Bühnen der Stadt Halle (Saale) 2005 bis 2008**  
Vorlage: IV/2004/04549
  - 5.8. **Änderung des Neuordnungskonzeptes Silberhöhe, lfd. Nr. 1 - Abriss der Objekte Wilhelm-von-Klewiz-Straße 1-8 und Philipp-von-Ladenberg-Straße 19-20**  
Vorlage: IV/2004/04563

- 5.9. Feststellung Jahresabschluss 2003 der Mitteldeutsche Multimediazentrum Halle GmbH**  
Vorlage: IV/2004/04592
- 5.10. Feststellung Jahresabschluss 2003 der Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin**  
Vorlage: IV/2004/04599
- 5.11. Feststellung Jahresabschluss 2003 der Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH**  
Vorlage: IV/2004/04593
- 5.12. Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2002/2003 Thalia/Kinder- und Jugendtheater Halle**  
Vorlage: IV/2004/04316
- 5.13. Jahresabschluss des Wirtschaftsjahres 2003 des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung der Stadt Halle (Saale) - EfA**  
Vorlage: IV/2004/04542
- 5.14. Nachtragswirtschaftsplan des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung der Stadt Halle (Saale) für das Jahr 2004**  
Vorlage: IV/2004/04543
- 5.15. Jahresabschluss für das Psychiatrische Krankenhaus Halle für das Jahr 2003**  
Vorlage: IV/2004/04536
- 5.16. Wirtschaftsplan des Jahres 2005 des Psychiatrischen Krankenhauses Halle (Saale)**  
Vorlage: IV/2004/04537
- 5.17. 1. Satzung vom 15.12.2004 zur Änderung der Straßenreinigungssatzung vom 17.12.2003**  
Vorlage: IV/2004/04479
- 5.18. Baubeschluss Erschließungsmaßnahme Industriepark Chemiestraße**  
Vorlage: IV/2004/04375
- 5.19. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 134 Parkplatz Krankenhaus Dölau - Abwägungsbeschluss**  
Vorlage: IV/2004/04551
- 5.20. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 134 Parkplatz Krankenhaus Dölau - Satzungsbeschluss**  
Vorlage: IV/2004/04552
- 5.21. Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses und des Beschlusses zur Billigung des Vorentwurfs für einen Bebauungsplan Nr. 54 Wohngebiet Dölau, Angerweg**  
Vorlage: IV/2004/04250
- 5.22. Aufhebung des Satzungsbeschlusses des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) vom 17. Oktober 1997 über den Bebauungsplan Nr. 76.1 Sport- und Freizeitbereich Gimritzer Damm, Teilbebauungsplan Bereich Sandanger**  
Vorlage: IV/2004/04508
- 5.23. Vergabe eines Straßennamens**  
Vorlage: IV/2004/04503



- 6. Wiedervorlage**
- 6.1. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Einrichtung von Beiräten für das Stadtmuseum**  
Vorlage: IV/2004/04434
- 7. Anträge von Fraktionen und Stadträten**
- 7.1. Antrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger zur Haushaltskonsolidierung**  
Vorlage: IV/2004/04620
- 7.2. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion - Betreffs der Prüfung des Einsatzes von freiwilligen Ordnungshelfern**  
Vorlage: IV/2004/04618
- 7.3. Antrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger zur Umbenennung der Stelle der Ausländerbeauftragten in der Stadt Halle (Saale)**  
Vorlage: IV/2004/04622
- 7.4. Dringlichkeitsantrag der PDS-Fraktion zur Umbesetzung von Ausschüssen durch sachkundige EinwohnerInnen**  
Vorlage: IV/2004/04653
- 8. Anfragen von Stadträten**
- 8.1. Anfrage der Stadträtin Heidrun Tannenber, PDS, zum Bauabschnitt am "Gastronom" in Halle-Neustadt**  
Vorlage: IV/2004/04621
- 8.2. Anfrage der Stadträtin Frigga Schlüter-Gerboth, PDS, und des Stadtrates Dr. Uwe Köck, PDS, zu Standorten elektromagnetischer Strahlungsquellen**  
Vorlage: IV/2004/04619
- 8.3. Anfrage der SPD-Fraktion zur Gaststätte auf der Rabeninsel**  
Vorlage: IV/2004/04627
- 8.4. Anfrage der Stadträte Wolff/Schuh, NEUES FORUM+UNABHÄNGIGE, zum Themenkomplex Kürzung der Zuschüsse für die Theater der Stadt Halle(Saale) durch das Land**  
Vorlage: IV/2004/04628
- 8.5. Anfrage des Stadtrates Dr. Mohamed Yousif, PDS, zum Inkrafttreten des neuen Zuwanderungsgesetzes ab 01.01.2005 und zur Situation der irakischen Bürger in der Stadt Halle (Saale)**  
Vorlage: IV/2004/04612
- 9. Mündliche Anfragen von Stadträten**
- 10. Mitteilungen**
- 10.1. Information des Projektsteuerers IPM an den Stadtrat der Stadt Halle (Saale) "28. Quartalsbericht Straßenbahnneubaumaßnahme Halle-Neustadt/ Hauptbahnhof"**  
Vorlage: IV/2004/04605

**zu 3      Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 24.11.2004**

---

**Wortprotokoll:**

Es gab keine Anmerkungen zur Niederschrift der 5. öffentlichen Tagung des Stadtrates am 24.11.2004.

**Abstimmungsergebnis:      mehrheitlich z u g e s t i m m t**

**Die Niederschrift der 5. öffentlichen Tagung des Stadtrates am 24.11.2004 wurde in der vorliegenden Fassung genehmigt.**

**zu 4      Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung vom 24.11.2004  
            gefassten Beschlüsse**

---

**Wortprotokoll:**

Der Vorsitzende des Stadtrates gab den Inhalt von zwei in nichtöffentlicher Beratung in der 5. Tagung des Stadtrates am 24.11.2004 gefassten Beschlüsse bekannt.

## zu 5      **Vorlagen**

---

Herr **Bartl** informierte, dass Gäste von der Hochschule Harz eingeladen worden sei, die bei Bedarf Erläuterungen zur Vorlage unter TOP 5.1 geben können.

**Abstimmung zur Erteilung des Rederechts für Gäste: mehrheitlich z u g e s t i m m t**

### zu 5.1      **Einführung des Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens in der Stadt Halle (Saale)**

Vorlage: IV/2004/04357

---

#### **Wortprotokoll:**

Herr **Bönisch**, CDU-Fraktion, erklärte, seine Fraktion sehe keinen Bedarf für weitere Erläuterungen. Es bewege sie nur die Frage, in welcher Weise der auf Seite 6 der Vorlage benannte Arbeitskreis Politik in die Vorbereitung involviert werde. Über die Form der Beteiligung des Stadtrates sollte in der Runde der Fraktionsvorsitzenden oder im Hauptausschuss beraten werden.

Herr **Funke**, Beigeordneter Zentraler Service, äußerte, im Finanzausschuss habe man sich bezüglich der Beteiligung der Politiker dazu verständigt, den bestehenden Lenkungsausschuss einzubeziehen. Ein Zeitplan sei bereits erstellt worden.

Frau **Wolff**, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, bemerkte, auch ihre Fraktion sehe keinen weiteren Erklärungsbedarf.

Herr **Bönisch** wies darauf hin, dass das Mitglied seiner Fraktion im Lenkungsausschuss nicht Mitglied im Finanzausschuss sei. Zu dem Aspekt der Vorbereitung des NKHR würde man gern jemand anderes delegieren. Er denke, man werde dazu einen gangbaren Weg finden.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

**Abstimmungsergebnis:      mehrheitlich z u g e s t i m m t**

*Der Vorsitzende des Stadtrates bedankte sich bei den Gästen für ihr Kommen.*

**Beschluss:**

1. Der Stadtrat stimmt der Einführung eines "Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens" in der Stadtverwaltung Halle (Saale) vom Grundsatz zu. Die Vorbereitung der Einführung erfolgt im Rahmen eines Projektes ab 01.01.2005. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung alle notwendigen Maßnahmen einzuleiten.
  2. Der Stadtrat nimmt die im NKHR-Projekthandbuch festgeschriebene inhaltliche und zeitliche Vorgehensweise zur Kenntnis und bestätigt die nachfolgend aufgeführten dazu einzustellenden finanziellen Mitteln.
-

## zu 5.2 Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2005 sowie Haushaltskonsolidierung

Vorlage: IV/2004/04603

---

### Wortprotokoll:

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** führte aus:

„Sehr geehrter Vorsitzender, meine Damen und Herren, Erschrecken Sie nicht, wenn ich in meinen Ausführungen etwas ausführlicher werde und, was das Zahlenwerk angeht, ein wenig mehr in die Tiefe gehe, als Sie dies in den letzten Jahren gewohnt waren. Der Beigeordnete Dieter Funke, dem ich - und der ganzen Kämmerei - für die Arbeiten bei der Aufstellung des Haushaltes schon jetzt herzlich danken möchte, und ich haben uns bei der Vorbereitung der heutigen Sitzung aus Gründen der Praktikabilität darauf verständigt, Ihnen nur eine, gemeinsam erarbeitete Rede zur Haushaltseinbringung zu präsentieren.

Lassen Sie mich zu Beginn kurz einige Bemerkungen zur allgemeinen Finanzsituation der Kommunen in Deutschland machen, damit wir abschätzen können, in welchem Umfeld wir uns bewegen:

Die Finanzprobleme aller Kommunen in Deutschland sind trotz steigender Einnahmen aus der Gewerbesteuer und einer Stagnation der Gesamtausgaben kaum geringer geworden. Das Defizit wird im laufenden Jahr voraussichtlich 8,25 Milliarden Euro erreichen und damit nur geringfügig unter den im Vorjahr erreichten Rekord von 8,5 Milliarden Euro sinken. Während die Sozialausgaben wieder kräftig stiegen, litten die Investitionen unter Kürzungen, wie aus dem Gemeindefinanzbericht des Städtetages hervorgeht.

Die Sozialausgaben sind im vergangenen Jahr bereits um 8 Prozent gewachsen und dürften 2004 voraussichtlich um 5,7 Prozent steigen. Des Weiteren bleiben die Steuereinnahmen der Städte trotz der Gesamtzuwächse bei der Gewerbesteuer um voraussichtlich 5 Prozent bzw. 3,5 Milliarden Euro unter dem Niveau des Jahres 2000.

Die Investitionen sind im vergangenen Jahr um 9,3 Prozent gesunken und lagen damit um 36 Prozent oder mehr als 12 Mrd. Euro unter dem Stand von 1992.

Der Anstieg der Kassenkredite ist als Schwindel erregend zu bezeichnen. Sie sind eigentlich für kurzfristige finanzielle Engpässe vorgesehen, haben sich aber mehr und mehr zu einem dauerhaften Finanzierungselement entwickelt. Haben sie vor zehn Jahren noch bei einer Milliarde Euro gelegen, so sind sie im ersten Quartal 2004 auf insgesamt 17,7 Mrd. hochgeschneit.

Dies, meine Damen und Herren, ist das allgemeine, nicht undramatische Umfeld der kommunalen Finanzsituation, in dem wir uns in der Bundesrepublik heute bewegen.

Wenden wir uns jetzt, meine Damen und Herren, unserer Stadt Halle zu:

Die Vergnügungssteuer ist eine kommunale Steuer. Die Einbringung des Haushaltplanes für das kommende Jahr unterliegt, Sie ahnen es schon, dieser Steuer leider nicht. Wäre diese Einbringung vergnügungssteuerpflichtig, würde uns allen wahrscheinlich wärmer und vorweihnachtlicher ums Herz werden.

Leider kann ich Ihnen auch in dieser letzten Sitzung vor Weihnachten keine Süßigkeiten, sondern nur ein Stück trockener Prosa anbieten, deren Genuss uns allen in den vergangenen Jahren zunehmend bitterer geworden ist.

Auch Geschenke gibt es für das kommenden Haushaltsjahr 2005 nicht zu verteilen: zum vierten Male hintereinander bleibt der Haushalt der Stadt Halle trotz aller Sparanstrengungen unausgeglichen.

Für 2005 errechnet sich ein Fehlbedarf von 56.440.500 Euro.

In den Vorjahren waren es

2002 34.680.000 Euro

2003 64.290.200 Euro

2004 83.037.200 Euro

Somit sind insgesamt Altdefizite bzw. Verlustvorträge in Höhe von 181 Mio. Euro aufgelaufen.

In gemeinsamer Kraftanstrengung haben wir 2004 20,7 Mio. € haushaltswirksam eingespart, dennoch wird das Gesamtdefizit des Haushaltes im Jahre 2005 voraussichtlich 237, 5 Mio. Euro betragen.

Allein an diesen wenigen Eckdaten wird die strukturelle Schieflage unseres Haushaltes deutlich.

Der Verwaltungshaushalt weist Einnahmen von 450,6 Mio. Euro aus. Im Vergleich zu 2004 bedeutet dies eine Einnahmeerhöhung um 11,8 Mio. Euro. Das resultiert daraus, dass sich im Zuge der Umsetzung des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (SGB II) die Finanzströme zwischen Bundesagentur, Land und Kommunen wandeln und sich positiv in den Einnahmen widerspiegeln.

Das Aufkommen bei der Gewerbesteuer ist gegenüber dem Planansatz 2004 um 4 Mio. zu senken, da das Rechnungsergebnis 2004 bei weitem nicht den Planungsansatz von 34 Mio. Euro erreichen wird. Beim Einkommenssteueranteil war aufgrund der vorliegenden Orientierungsdaten von Bund und Land der Planansatz 2004 in Höhe von 33 Mio. Euro auf 30,9 Mio. Euro zu senken. Damit hat sich der Anteil der Einkommenssteuer in den letzten zehn Jahren um ca.11 Mio. Euro verringert. Nach den vorliegenden Daten des Landes werden die Finanzaufweisungen um etwa 40 Mio. Euro höher angesetzt. Das liegt insbesondere daran, dass das Land auf Grund der Zusammenlegung von Arbeitslosen und Sozialhilfe (Hartz IV) erstmals Ausgleichzahlungen in Höhe von 36,1 Mio. Euro zahlt.

Die Ausgaben des Verwaltungshaushaltes 2005 (507,1 Mio. Euro, ohne Fehlbeträge aus den Vorjahren) sinken gegenüber dem Haushaltsjahr 2004 um 13,8 Mio. Euro. Mit 156, 5 Mio. Euro sind die Personalkosten der größte Kostenbestandteil. Allerdings wirken nach wie vor die personalwirtschaftlichen Maßnahmen wie Altersteilzeit-, Renten- und Abfindungsmodelle sowie der Sozialtarifvertrag. Insgesamt haben wir im Personalhaushalt 8 Mio. Euro eingespart – ich denke, ein Grund für uns alle, uns bei den Mitarbeitern der Stadtverwaltung für ihre Kooperation zu bedanken. Wir haben den Anteil der Personalkosten an den Gesamtausgaben des Verwaltungshaushaltes mit ca. 30% im Rahmen der Vorgabe des Landes gehalten und liegen damit deutlich unter den Personalausgaben pro Einwohner von Dessau und Magdeburg.

Die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe führt zu einer veränderten Ausgabenstruktur. Die Veranschlagung der Unterkunftskosten nach SGB II führt zu einer Steigerung von 71,4 Mio. Euro im sächlichen erwaltungs- und Betriebsaufwand. Im Gegenzug ergibt sich eine Minderausgabe in Höhe von 80,7 Mio. Euro im Bereich Jugend- und Sozialhilfe. In Folge der Weiterentwicklung des Vermieter-/Mietermodells beim ZGM verringerten sich die Aufwendungen in den Geschäftsbereichen um 1,3 Mio. Euro gegenüber 2004.

Auf Grund der defizitären Haushaltslage müssen Kassenkredite in Anspruch genommen werden. In §4 der Haushaltssatzung haben wir eine Rahmenermächtigung für die Aufnahme solcher Kredite in Höhe von 350 Mio. Euro vorgesehen. Zur Zeit liegen wir bei einer Überziehung von 120 Mio. Euro.

Der Vermögenshaushalt ist mit 142.099.700 Euro in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen.

Vorgesehen ist eine Kreditermächtigung von 9,9 Mio. Euro. Hier hoffen wir sehr auf die Verhandlungsbereitschaft des Landes. Dieser Betrag liegt unterhalb der vorgesehenen Tilgung für 2005, so dass eine Nettoneuverschuldung aus Gründen der Haushaltskonsolidierung vermieden wird.

Meine Damen und Herren, Sie werden über diese Zahlen und über die vorhin erwähnte strukturelle Schieflage des Haushaltes in den kommenden Monaten reichlich diskutieren. Wir nehmen das nicht auf die leichte Schulter – und die Kommunalaufsicht tut dies, wie Sie alle wissen, auch nicht: Zwar hat sie - wir haben darüber berichtet - von einer Beanstandung unseres Beschlusses über die Haushaltssatzung 2004 vorläufig abgesehen.

Aber die Kommunalaufsicht hat gleichzeitig eine Anordnung getroffen, bis spätestens 31. Oktober 2004 ergänzende Maßnahmen zu beschließen, die

1. das Entstehen struktureller Fehlbedarfe spätestens ab 2007 vermeiden und
2. sicherstellen sollen, spätestens im Jahre 2012 einen vollständig ausgeglichenen Haushalt vorzulegen - einschließlich der Gewährleistung des Abbaus aller Fehlbeträge.

Wir haben also, um im vorweihnachtlichen Bild vom Anfang meiner Rede zu bleiben, nicht nur bitteres Gebäck auf dem Tische liegen, sondern die Rute gleich daneben.

Wie haben wir auf diese Anordnung reagiert?

Die Stadt kooperiert; wir haben kein Interesse an einem gespannten Verhältnis zur Landesverwaltung; wir wissen, dass auch die Landesfinanzen angespannt sind. Wir haben deshalb öffentlich und in internen Verhandlungen immer betont, dass Halle seiner Verantwortung bei der Konsolidierung der öffentlichen Finanzen nachkommen wird. Wir haben darüber hinaus hier im Stadtrat, um den Auflagen der Kommunalaufsicht nachzukommen, einen ergänzenden Beschluss gefasst, der auch die Prüfung von Beteiligungsverkäufen einschließt.

Mir ist, ich gestehe das ganz offen, überhaupt nicht wohl bei diesem Gedanken an einen sogenannten „Befreiungsschlag“:

1. sind kommunale Unternehmen angesichts der noch immer vorhandenen Schwäche privatwirtschaftlicher Strukturen bei uns im Osten von wesentlich größerer Bedeutung für die Entwicklung des Wirtschaftsgefüchtes als in westlichen Regionen;
2. bringt uns ein Verkauf von Beteiligungen zwar kurzfristig Geld in die Kassen, aber das nur einmal. Es muss aber, wenn ordentlich gewirtschaftet wird, auch für zukünftige finanzielle Engpässe Vorsorge getroffen werden können – und was wir einmal verkauft haben, wird uns auch künftig auch keine Einnahmen mehr bescheren.

Ein einmaliger Befreiungsschlag, meine Damen und Herren, kann auch verpuffen und er würde eindeutig zu Lasten der Stadt gehen.

Worauf ich hinaus will, ist folgendes:

Halle leidet nach wie vor darunter, dass der Landesgesetzgeber seit nunmehr zehn Jahren keine dauerhaft tragfähigen Strukturen für die Oberzentren in diesem Lande geschaffen hat. Seit Jahren ist hier dringender Handlungsbedarf.

Dieser Bedarf ist unabweisbar und er kann nicht auf der Ebene von Eifersüchteleien oder unterstellter Raffsucht abgetan werden.

Angesichts der großen Anforderungen an moderne und effiziente Verwaltungen ist es in der aktuellen Diskussion von „kleinteilig“ zu „kleinkariert“ manchmal nur ein Schritt.

Nicht jeder Gemeindeanger ist ein Feldherrnhügel - und ich bin deshalb dankbar, dass die Landesregierung hier allmählich Bewegung und Einsicht zeigt.

Mit dem neuen Gesetzentwurf zur Stadt-Umland-Problematik ist jetzt Bewegung in die Diskussion um die Gebietsreform gekommen. Die Stadt Halle wird da kräftig mitdiskutieren, wir sind schon seit langem bestens vorbereitet.

Klar ist aber auch: weitere Zusammenschlüsse von Kommunen im Umland der Stadt müssen jetzt bis zu einer Klärung vonseiten der Landesregierung unterbunden und die Verhandlungen über Zweckverbände und über Eingemeindungen müssen parallel und nicht erst in ein paar Jahren geführt werden. Die Zeit drängt.

Ich verbinde mit dieser Aufforderung an zügige Verhandlungen nicht nur eine große Hoffnung an die Stärkung der Metropolenregion, sondern auch daran, dass sich zumindest die Chance auftut, zu einem angemessenen Verhältnis von Ausgaben und Einnahmen in unserem Haushalt zu kommen.

Aus dem Innenministerium höre ich unter dem Beifall mancher Landräte aller Parteien den Einwand: "Ja die Frau Häußler will ja nur den besser gestellten Gemeinden in die Tasche greifen." Darum geht es nicht.

Gestatten Sie mir, ein Bild aus meinem beruflichen Vorleben sowohl als Chemikerin wie auch als Umweltministerin zu malen: Eine 1200 Jahre alte knorrige Eiche braucht ausreichenden Raum für Wurzelwerk, Licht und Wasser, um zu überleben. Als Gegenleistung bietet sie aber auch Schutz, Schatten, ein gesundes Mikroklima im Boden und in der Luft für alles, was da krecht und fleucht.

Will sagen: Halle braucht eine ausreichende Lebensgrundlage in Form von Flächen, Einwohnern und Unternehmen. Nur dann kann es die attraktiven Leistungen eines kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Oberzentrums auf Dauer anbieten.

Es geht also um ein Geben und Nehmen, um eine symbiotische Beziehung zwischen Stadt und Umland, um ein Miteinander und Voneinander – alles andere führt auf die Dauer zu: Durcheinander.

Aber, meine Damen und Herren: ich verkenne nicht, dass auch eine noch so gut gelungene Gebietsreform die finanziellen Probleme Halles nur mindern, aber nicht lösen würde.

Wir müssen also den kürzlich veröffentlichten Hinweiserlass des Innenministeriums sehr ernst nehmen. Jedenfalls wird die Kommunalaufsicht, und das gilt für alle, die es nicht glauben wollen, diesen Erlass ausgesprochen ernst nehmen.

Es ist daher schon seit Jahren mein Anliegen, der zunehmenden Verschuldung unserer Stadt ernsthaft entgegen zu wirken. Ich gebe zu, dass es auch mir persönlich bisweilen schwer fällt, im konkreten Einzelfall knallharte Konsolidierungsentscheidungen zu treffen oder Ihnen vorzuschlagen – und jedem von Ihnen geht es in diesem oder jenen Einzelfall sicher nicht anders.

Denn natürlich sehen wir alle dahinter die betroffenen Arbeitsplätze und hinter den Arbeitsplätzen die Frauen und Männer, Kinder.

Wir sehen die längeren Wege für die Bürger, wenn wir z.B. soziale Einrichtungen konzentrieren; wir sehen die verringerte kulturelle Förderung und damit Einbußen im Angebot; wir sehen die verringerten Löhne und Gehälter bei den Verwaltungsmitarbeitern; wir sehen verschobene Investitionen oder, oder, oder ...

Politik ist in diesen Zeiten knapper Kassen keine Schönwetterveranstaltung und der Konsolidierungsschmerz, den heute der Kämmerer oder Sie als Stadträte haben, wird morgen an die Bürgerin und den Bürger weitergegeben.

Deshalb gibt es hier im Stadtrat ja auch immer wieder Diskussionen, welche möglichen Entscheidungen dem Haushalt kurz-, mittel- und langfristig am besten zugute kommen.

Und: es muss und soll diese Diskussionen auch weiterhin geben.

Wir sollten selbst entscheiden, welcher Ast von unserem Baum – wenn ich auf das vorhin erwähnte Bild zurückgreifen darf – zurück geschnitten werden soll, um unsere Überlebensfähigkeit zu sichern.

Wir können es mit mehr Sachkenntnis vor Ort tun, vielleicht mit mehr kleingärtnerischer Hingabe. - Jedenfalls sollte es besser mit Gartenschere des Rates der Stadt Halle geschehen als mit der Kettensäge der Kommunalaufsicht.

Sie sehen, ich bin wieder beim Hinweiserlass des Innenministeriums. Daran werden wir uns messen lassen müssen, bei allen abwägenden Überlegungen im Einzelfall.

Und dieser konsequente Maßstab ist auch richtig, denn nur diese Konsequenz kann uns letztendlich den Haushaltsausgleich bringen.

Konkret heißt das: weitere Kontrolle des Ausgabenanstieges, Erarbeitung eines Personalentwicklungskonzeptes, Überprüfung der Quantität und Qualität der freiwilligen Leistungen und der über den Pflichtstandard hinausgehenden Leistungen, straffes Beteiligungsmanagement und die Erstellung einer klaren Prioritätenliste für Investitionsmaßnahmen.

Wir sind dabei seit einigen Jahren auf einem guten Wege, den wir weiterhin beschreiten, den wir weiterhin noch stringenter beschreiten müssen:



Wir haben:

- die Gesamtausgaben des Verwaltungshaushaltes 2005 gegenüber dem Vorjahr um 13, 8 Mio. Euro gesenkt;

- den Investitionshaushalt mit einer Kreditaufnahme von 9,9 Mio. Euro vorgelegt. Eine Nettoneuverschuldung wird aufgrund der notwendigen Entlastung des Verwaltungshaushaltes und somit zugunsten der Haushaltskonsolidierung vermieden.

- wir haben bei der Einordnung der Vorhaben in den Vermögenshaushalt bereits entsprechende Prioritäten vorgenommen. Dabei wurde unterschieden nach gesetzlichen, bzw. vertraglichen Verpflichtungen, Investitionen aus zweckgebundenen Einnahmen, Fortführungsvorhaben mit und ohne Fördermittel, Weiterführung der Schulsanierung sowie nach wichtigen Maßnahmen der Stadtentwicklung;

- wir haben die BeteiligungsManagementAnstalt gegründet, die u.a. helfen soll, das Wirtschaftlichkeits- und Zielcontrolling in diesem Bereich zu verbessern; im übrigen haben wir schon zahlreiche Gespräche mit Geschäftsführern oder Vorständen unserer Gesellschaften geführt, die ernsthaft bemüht sind, der Muttergesellschaft bei ihren Bemühungen zu helfen.

- wir haben bei der Haushaltskonsolidierung konzeptionell ca.100 Mio. Euro hinterlegt. Nur zur Erinnerung: das Gutachten von Roland Berger ging „nur“ von einer zu erbringenden Einsparung von 88,7 Mio. Euro aus.

- bis 2007 werden Einsparungen in Höhe von 95, 9 Mio. Euro haushaltswirksam, das sind 8,2 Prozent mehr als in der Vorgabe von Roland Berger.

Das sind, meine Damen und Herren, vorzeigbare und beachtenswerte Erfolge. Wir alle gemeinsam können darauf stolz sein. Anerkennung zollt uns für diese Anstrengungen auch das Landesverwaltungsamt – aber, wie immer im Leistungssport: es reicht noch nicht. Unser Leistungssport der vergangenen Jahre und ich fürchte, auch der kommenden Jahre, heißt Sparen. Und es macht jeden Sportler grimmig, wenn die erfolgreichen Leistungen wieder aufgefressen werden von Umständen oder Rahmenbedingungen, die er nicht, oder nur mäßig beeinflussen kann.

So mussten wir eine Reduzierung unserer Finanzzuweisungen gegenüber 2003 von 16,7 Mio. Euro verkraften, nachdem wir 2003 bereits 17,1 Mio. Euro „wegzustecken“ hatten. Diese Mindereinnahmen konnten durch andere Einnahmen schlechterdings nicht kompensiert werden.

Die schwache Steuerkraft der Stadt spiegelt sich in einem Anteil von nur 23% unserer Gesamteinnahmen wider.

Auch 2004 blieben die Einnahmen aus der Gewerbe – und Einkommensteuer hinter unseren Erwartungen und erst recht hinter unseren Hoffnungen zurück.

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren,

Wir sollten uns von diesen Widrigkeiten nicht entmutigen lassen. Ich ahne, wir werden gemeinsam noch manche Sparrunde zu drehen haben.

Dabei sollten wir uns von zwei Gedanken leiten lassen:

Erstens: Ein nicht genehmigter, fremd verwalteter Haushalt kann nicht unser Ziel sein. Wir würden das höchste Gut einer Kommune, die kommunale Selbstverwaltung, damit aufs Spiel setzen. Wir müssen – im Interesse unserer Bürger, die uns gewählt haben – das Heft des Handelns in unserer Hand behalten und Spielräume schaffen für die Entwicklungsmöglichkeiten und, ja, auch für Visionen für unsere Stadt. Es ist unser aller Verantwortlichkeit, uns auch an einem harten wirtschaftlichen Maßstab so effizient wie möglich auszurichten

Aber: Wir lassen uns auch nicht kaputt sparen. Deshalb müssen wir, vielleicht stärker denn je, an den richtigen Stellen sparen, um das Geld an den richtigen Stellen ausgeben zu können.

Wir müssen dabei – zweitens - auch der populistischen Verführung widerstehen, aus falsch verstandener Bürgerfreundlichkeit und gefälligem Lobbyismus kurzfristige Entscheidungen zu treffen, die der Haushaltskonsolidierung mittel- und langfristig zuwider laufen würden.

An diese Punkte sollten wir uns bei den zu fällenden Entscheidungen und in kontroversen Diskussionen immer wieder gegenseitig erinnern – auch in Verantwortung für die jüngeren Hallenserinnen und Hallenser. Wir müssen die noch immer vorhandenen Handlungsspielräume kreativ nutzen und vielleicht neue herstellen.

Geiz ist nicht immer geil - und Sparen ist ein Mittel, nicht das Ziel.

Unser Ziel ist es, die Voraussetzung für eine dauerhaft lebenswerte, attraktive Stadt zu schaffen und zu verbessern, die sich in Projekten kristallisiert wie der

- 1200 Jahr Feier
- der Bewerbung um die Kulturhauptstadt
- der IBA-Ausstellung
- der Umgestaltung des Marktplatzes
- der Vollendung des Riebeckplatzes.

Meine Damen und Herren.

Ich habe zu Beginn von einem Stück trockener Prosa gesprochen, die wegen der notwendigen Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit immer bitterer schmeckt.

Lassen Sie mich deshalb in diesem Zusammenhang zum Schluss einen großen Florentiner zitieren, dem man nachsagt, er habe einiges verstanden von notwendigen Grausamkeiten in der Politik.

Niccolo Machiavelli empfahl sich mit dem berühmt gewordenen Satz: „Es ist Medizin, nicht Gift, was ich Dir reiche!“

Und noch einmal: Als ehemalige Umweltministerin weiß ich - und die Mediziner hier im Raume werden mir Recht geben - : entscheidend ist dabei nur die Höhe der Dosis. Über diese Höhe der Dosis werden Sie in den nächsten Monaten viel diskutieren müssen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.“

Herr **Bartl** stellte fest, dass keine weiteren Wortmeldungen gewünscht werden.

Er schlug vor, den Haushaltsentwurf in die Fachausschüsse zu verweisen.

**Abstimmungsergebnis:    mehrheitlich z u g e s t i m m t**

### **Beschluss:**

- 1. Der Stadtrat berät die Haushaltssatzung 2005, den Haushaltsplan 2005, nebst Anlagen und das Haushaltskonsolidierungskonzept in der ersten Lesung am 15. Dezember 2004 und verweist in die Fachausschüsse.**
  - 2. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2005, den Haushaltsplan 2005 und das Haushaltskonsolidierungskonzept in der zweiten Lesung am 27. April 2005.**
-

## zu 5.3 **Hauptsatzung**

Vorlage: IV/2004/04501

---

### Wortprotokoll:

Herr **Bartl** wies auf die Austauschvorlage hin. Die offenen Fragen seien mit dem Landesverwaltungsamt geklärt worden.

Herr **Godenrath**, CDU-Fraktion, ging auf die Änderungen, die das Landesverwaltungsamt vorschläge, ein. Bei § 4 (1) Satz 1 – *Der Stadtrat wählt mit der Mehrheit der anwesenden Mitglieder für die Dauer der Wahlperiode aus der Mitte der ehrenamtlichen Mitglieder einen Vorsitzenden und bestimmt zwei Stellvertreter.*

Das heiÙe, die Kommunalaufsicht wende sich gegen das Verfahren, was bisher hier getan worden sei, nämlich die zwei Stellvertreter zu wählen. Seiner Meinung nach sagten die Kommentare zur Gemeindeordnung aus, dass die Definition, was ein Gesetz sei, auch auf die Hauptsatzung angewandt werden könne und dort eine Wahlregelung eingeführt werden kann.

Deshalb würde er dieser Formulierung in § 4 widersprechen.

Bei § 5 sollte unter 5. Bildungsausschuss mit 11 Stadträten und 7 sachkundigen Einwohnern und 8. Sportausschuss mit 11 Stadträten und 7 sachkundigen Einwohnern habe fraktionsübergreifend Einverständnis geherrscht, dies in der Zahl der sachkundigen Einwohner anzuheben. Es sollte nicht in die Hauptsatzung formuliert werden, sondern als Protokollnotiz

festgehalten werden, dass der achte sachkundige Einwohner im Sportausschuss der Vorsitzende oder ein Vertreter des Stadtsportbundes ist und im Bildungsausschuss der achte sachkundige Einwohner der Vorsitzende des Stadelternrates und der neunte der Vorsitzende des Stadtschülerrates. In der **Hauptsatzung** sollte nur die Zahl erhöht werden: **Bildungsausschuss - 9 sachkundige Einwohner, Sportausschuss - 8 sachkundige Einwohner.**

Dies könne die Kommunalaufsicht nicht beanstanden. Intern könne man dann so verfahren, wie beschrieben und die Fraktion, die dann den Zugriff habe, müsse das dementsprechend so tun.

Herr **Willecke**, amt. Leiter Fachbereich Recht, bestätigte die Möglichkeit, so zu verfahren.

Herr **Bartl** stellte fest, dass der Vorschlag von Herrn Godenrath somit akzeptiert werde.

Herr **Dr. Fikentscher**, SPD-Fraktion, stellte den **Änderungsantrag**, beginnend vom § 3 (2) Satz 1 und den weiteren folgenden das Wort „Oberbürgermeister“ durch das Wort „**Oberbürgermeisterin**“ auszutauschen. Er begründete diesen Antrag.

Frau **Wolff**, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, stellte fest, dass eine Arbeitsgruppe viel Zeit und Kraft in die Erarbeitung der Hauptsatzung investiert habe. Die meisten Mitglieder der Arbeitsgruppe hätten § 18 akzeptiert.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

**Abstimmung Änderungsantrag SPD-Fraktion:** **mehrheitlich z u g e s t i m m t**  
**bei 25 Ja-Stimmen**  
**19 Nein-Stimmen**  
**9 Enthaltungen**

**Abstimmung Änderungsantrag CDU-Fraktion:** **einstimmig z u g e s t i m m t**  
**bei 3 Enthaltungen**

**Abstimmung Vorlage (*in modifizierter Form*):** **einstimmig z u g e s t i m m t**  
**bei 7 Enthaltungen**

**Beschluss:**

**Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt die anliegende Hauptsatzung der Stadt Halle (Saale) vom 15. Dezember 2004.**

---

**zu 5.4 Phänomena**

Vorlage: IV/2004/04534

**zu 5.4.1 Antrag der HAL-Fraktion - zum weiteren Vorgehen beim Projekt Phänomena in Halle (Saale)**

Vorlage: III/2004/04194

**zu 5.4.2 Änderungsantrag der HAL-Fraktion zum Antrag der HAL-Fraktion zum weiteren Vorgehen beim Projekt Phänomena (TOP 7.2)**

Vorlage: III/2004/04217

**zu 5.4.3 Antrag der Stadträtin Isa Weiß, CDU, zum Projekt Phänomena**

Vorlage: IV/2004/04456

---

**Wortprotokoll:**

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** äußerte, in der Septembertagung seien die Anträge gestellt worden, das Thema PHÄNOMENA im Prinzip ad acta zu legen. Damals hatte sie gebeten, nochmals Spielraum bis zum November zu bekommen. Durch die Diskussion in den Ausschüssen sei es inzwischen Dezember geworden, um dem Stadtrat eine Vorlage vorzulegen, die den Versuch unternimmt, PHÄNOMENA trotzdem in der Stadt Halle zustande zu bringen.

Die Vorlage sei in vielen Ausschüssen behandelt worden, habe Zustimmung im Wirtschaftsausschuss, im Planungsausschuss gefunden. Der Kulturausschuss habe die Vorlage abgelehnt, ebenso der Finanzausschuss. Im Hauptausschuss sei einem Änderungsantrag von Frau Prof. Vent zugestimmt worden, den die Verwaltung übernommen habe. In dieser veränderten Form liege jetzt die Vorlage der Verwaltung vor.

Frau **Weiß**, CDU-Fraktion, brachte zum Ausdruck, als sie vor drei Monaten der Vertagung ihres Antrages zugestimmt habe, sei dies mit der Hoffnung geschehen, dass die neue Beschlussvorlage der Verwaltung die ersten eingeworbenen Sponsorengelder zur Realisierung dieses Projektes vorweise. Statt dessen liege eine Vorlage vor, die ein Eingeständnis des Scheiterns und des Unvermögens der Verwaltung darstelle, für eine Finanzleistung in Höhe von 385 T€ an das Zürcher Forum konkrete Leistungen, nämlich die Finanzakquisition und den konkreten Zeitpunkt in einem Vertrag zu fixieren und für den Fall der Nichterfüllung konkrete Sanktionen zu vereinbaren.

Dieser überaus leichtfertige Umgang mit städtischen Finanzen gehe aus ihrer Sicht schon über den Begriff der Fahrlässigkeit hinaus. Hierbei verweise sie auf die Antworten der Verwaltung auf ihre Anfrage zu diesem Thema.

Die Vorlage spreche zwar von einem abgespeckten Drei-Phasen-Modell, aber auch das werde ohne finanzielle Leistungen nicht realisierbar sein. Eine Aussage darüber, wie hoch der Finanzbedarf nun im Gegensatz zu den ursprünglich veranschlagten 32 Mio. € sei, bleibe die Vorlage schuldig und ein zeitliches Realisierungsziel werde schon gar nicht mehr verfolgt.

Unter dem Gesichtspunkt der Ehrlichkeit und des Realitätssinns bitte sie um Zustimmung zu ihrem Antrag.

Frau **Prof. Vent**, Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger, meinte, auch sie habe sich in ihren kühnsten Träumen nicht vorstellen können, wie wenig man für 350 T€ bekommen könne; das habe sich auch bestätigt, als sie das Material gesehen habe, das vom Zürcher Forum erstellt worden sei. Nichtsdestotrotz habe sie noch einen kleinen Restfunken Hoffnung, dass bis zum September 2005 etwas passiere.

Ihrem **Änderungsantrag**, der jetzt schon in die Verwaltungsvorlage eingearbeitet worden sei, wolle sie folgenden Satz hinzufügen: ***Sollten die entsprechenden finanziellen Mittel bis zu diesem Zeitpunkt nicht nachgewiesen werden, verzichtet die Stadt Halle auf die weitere Realisierung des Projektes PHÄNOMENA.***

Frau **Dr. Haerting**, Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Mitbürger, sprach dafür, dass die Vorlage der Verwaltung abgelehnt und dem Antrag von Frau Weiß bzw. den alten HAL-Anträgen zugestimmt werde. In der vorgelegten Vorlage sei nur die Tatsache neu, dass immer wieder die Entscheidung durch den Stadtrat vor sich hergeschoben werde.

Auch wenn in der letzten Diskussion immer suggeriert worden sei, dass es die Stadt nichts koste – es koste die Stadt nichts, solange nichts passiere - , wenn auch nur ein bisschen etwas passiere und es im Nachhinein nicht klappe, werde es die Stadt Geld kosten. Nach wie vor sei Tatsache, dass die Infrastruktur für die Ausstellung, egal, in welcher Größe, durch die Stadt zu tragen sei; selbst wenn es Fördermittel durch das Land gäbe, werde ein Teil bei der Stadt bleiben. Die Zahlen der Machbarkeitsstudie gäben keine hinreichende Sicherheit, ausgehend von den erwarteten Besucherzahlen und den Besucherzahlen, die nötig seien, um die Ausstellung wirtschaftlich betreiben zu können.

Es habe sich nichts daran geändert, dass Schüler in halleschen Schulen in naturwissenschaftlichen Fachkabinetten lernen müssten, die aus Sicherheitsgründen bereits geschlossen gewesen seien. Sie habe auch noch nicht gehört, dass man sich davon verabschiedet hätte, Grundschulen zusammenzulegen, allein aus Kostengründen oder aus Baufälligkeitsgründen, obwohl die Schulen Bestand hätten. Es sei nach wie vor so, dass Sportvereine keine ordentlichen Sporthallen hätten und Schüler in benachbarte Schulen gehen müssten, um Sportunterricht erteilt zu bekommen.

Herr **Weiland**, Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Mitbürger, meinte, man sollte zu dem Thema PHÄNOMENA eine nüchterne Bilanz ziehen, wenn man sich nicht ständig die Taschen voll hauen wolle. Man habe bereits 350 T€ als Stadt in den Sand gesetzt, man habe eine weitere Frist im Antrag der Verwaltung ohne zeitliches Realisierungsziel, man habe somit die echte Chance, dass PHÄNOMENA in Halle zu einer Never-ending-story werde, das wäre dann auch ein besonderes Phänomen. Er sehe, was die Finanzierung betreffe, keinen Sinn darin, dem Schinken die Wurst hinterher zu schmeißen. Er bitte, die Vorlage der Verwaltung abzulehnen und dem Antrag von Frau Weiß zuzustimmen.

Frau **Dr. Bergner**, CDU-Fraktion, bezog sich auf Briefe von der Leopoldina, aus denen sie nicht Schlussfolgerungen ziehen könne, die eine Formulierung – wie in der Begründung zur Vorlage – zulasse: die wissenschaftliche Projektbegleitung wird mit der Leopoldina und örtlichen Institutionen abgestimmt.

Wenn dem Antrag von Frau Weiß nicht zugestimmt werde, sollte man wenigstens abschließend sagen, dass jetzt mit dem Geld Schluss sei.

Herr **Krause**, SPD-Fraktion, ging auf die Äußerungen von Frau Weiß an und forderte sie auf, sich bei der Oberbürgermeisterin zu entschuldigen. Wenn gesagt werde, dass jemand mehr als fahrlässig gehandelt habe, sollte er dies nachweisen und nicht solche Behauptungen aufzustellen. So könne man in Zukunft nicht miteinander umgehen.

Bei der jetzigen Diskussion könnte man meinen, dass die meisten, die hier gesprochen haben, vergessen hätten, dass sie als Stadträte hier mit abgestimmt haben. Er erinnere daran, dass bei der damaligen Abstimmung nicht alle Stadträte dagegen gestimmt hätten. Man könne auch eine Sache kaputt reden. Der Gedanke, der hinter dem Projekt PHÄNOMENA stehe sei eine absolute Werbung für die Stadt; das sei auch die Intention der Oberbürgermeisterin und derjenigen, die für die Vorlage gestimmt haben, gewesen. Er werbe für die Zustimmung zur Vorlage.

Herr **Scholze**, Fraktionsgemeinschaft FDP + GRAUE + WG VS 90, erklärte, aus Sicht seiner Fraktion biete die Vorlage der Stadtverwaltung die letzte Chance, an diesem Projekt noch etwas gerade zu biegen und etwas von dem Enthusiasmus, der vor ca. einem Jahr hier verbreitet worden sei, zurückzuholen. Wichtig sei, wenn sich in Zukunft das Projekt als realisierbar abzeichnen sollte, dass keine Haushaltsrisiken für die Stadt entstehen. Man brauche konkrete Meilensteine, an Hand derer man im nächsten Jahr über den Fortgang oder Abbruch des Projekts entscheiden könne. Er bitte um Zustimmung zur Vorlage.

Frau **Prof. Vent** wiederholte ihren Änderungsantrag und ergänzte ihn mit einem Wort austausch im 2. Satz in Punkt 1: **dürfen** anstelle sollen.

Frau **Wolff**, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, ging auf Äußerungen von Frau Weiß und Frau Oberbürgermeisterin Häußler ein.

In dieser Vorlage werde ausgesagt, dass bis zu einem bestimmten Zeitpunkt alles kostenneutral sein werde. Ihrer Meinung nach werde es nicht kostenneutral sein; dazu habe sich Frau Dr. Haerting bereits geäußert, und man habe in aller Ausführlichkeit in den Fachausschüssen dazu diskutiert. Ihre Fraktion werde der Vorlage nicht zustimmen.

Herr **Misch**, CDU-Fraktion, ging auf die frühere Beschlussfassung zu diesem Projekt ein und erklärte seinen Standpunkt, es gehöre größere Kraft und Courage dazu, auch offen zu sagen, dass man zwar etwas Gutes gewollt habe, das aber nicht eingetreten sei und man einen Schlusstrich machen wolle. Man sollte heute die Kraft haben, zu dem Vorhaben Nein zu sagen.

Wenn man das letzte Hochglanzpapier sehe, das seiner Fraktion vorgelegt worden sei, werde nicht von 300 000 Besuchern geschrieben, sondern von 900 000 Besuchern pro Jahr. Auch bei der ganzen betriebswirtschaftlichen Rechnung, auf 900 000 Besucher ausgerichtet, stelle sich ihm die Frage, wie seriös dieses Vorhaben betrieben werde, selbst, wenn es sich nur um einen Druckfehler handeln sollte.

Herr **Prof. Ehrler**, Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger, meinte, die eingebrachten Einwände gegen das Projekt seien berechtigt. Was seiner Meinung nach fehle, seien die Inhalte; sie seien bei allem, was vorgelegt worden sei, unzureichend klar gemacht worden. Als Vorsitzender des Kulturausschusses sage er, wenn man sofort aufhöre, sei das Geld, was man bisher gezahlt habe, tatsächlich in den Sand gesetzt. Wenn man den Versuch mache, ohne weiter dazuzahlen, eine Sache zu beginnen, die seines Erachtens von der Substanz her Erfolg haben könnte, plädiere er dafür, dies zuzulassen, mit den vorgeschlagenen Einschränkungen.

Herr **Godenrath**, CDU-Fraktion, äußerte sich ohne Mikrofon (Geschäftsordnungsantrag Schluss der Rednerliste?).

Herr **Bartl** stellte fest, dass noch drei Wortmeldungen vorlägen und fragte, ob der Geschäftsordnungsantrag zurückgezogen werde.

Herr **Bartl** erwiderte auf die Antwort von Herrn Godenrath (ebenfalls ohne Mikrofon), dann sei dem stattgegeben.

Herr **Dr. Eigenfeld**, SPD-Fraktion, stellte fest, bei den vielen Redebeiträgen habe er wenig zum Inhalt des Projektes gehört. Es gehe darum, naturwissenschaftliche Phänomene greifbar, sichtbar zu machen in einer Zeit, in der naturwissenschaftliche Kenntnisse und Wissen verloren gingen. Er halte es für sehr wichtig, dass man diesen Versuch noch einmal starte, unabhängig von all den existierenden Bedenken. Er bitte um Zustimmung. Wenn man es schaffe, dieses Projekt zu realisieren, habe man viel Erfolg für Halle erreicht.

Frau **Dr. Haerting** äußerte, alles, was man jetzt gehört habe, was an Inhalten schön und wichtig und weshalb das Projekt für Halle wünschenswert wäre, gehe am Eigentlichen vorbei. Natürlich könne man sich vieles für die Stadt wünschen, und alle wären froh, wenn die Stadt mehr Spielraum für solche Dinge hätte, dass sie ein solches Risiko eingehen könnte.

Man müsse aber klar und nüchtern sehen, dass dieser Spielraum nicht da sei und man dieses Risiko nicht eingehen könne. Wenn es schief gehe, und das erwarte sie aufgrund des Verlaufs des Ganzen und auch aufgrund der Machbarkeitsstudie, dann habe man viele Chancen vergeben, genau das in die Stadt zu holen, was hier z.B. auch von Herrn Dr. Eigenfeld gewünscht worden sei.

Sie wiederhole sich zum x-Male und habe das Gefühl, man könne es nicht mehr hören, aber das sei genau das, was in Halles Schule fehle aufgrund der katastrophalen Ausstattung, die an verschiedenen Schulen immer noch vorhanden sei.

Herr **Bartl** stellte fest, die Argumente seien ausgetauscht, man komme zu einem relativ komplizierten Abstimmungsverfahren. Er rief die Anträge in der folgenden Reihenfolge zur Abstimmung auf:

Beschlussvorschlag Änderungsantrag Stadträtin Weiß (TOP 5.4.3)

*Die Stadt Halle verzichtet auf die weitere Realisierung des Projektes Phänomena.  
Die Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH stellt ihre Arbeiten, die im Zusammenhang mit der Realisierung des Projektes Phänomena stehen ein.*

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich a b g e l e h n t**

**bei 18 Ja-Stimmen  
32 Nein-Stimmen  
3 Enthaltungen**

Beschlussvorschlag Änderungsantrag der HAL-Fraktion (TOP 5.4.2):

*Punkt 3 des Antrages lautet in seiner geänderten Fassung wie folgt :*

*Die Stadtverwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat ein finanzierbares Alternativkonzept zur Erschließung und Nutzung des Areals am Holzplatz vorzulegen.*

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich a b g e l e h n t**

**bei 12 Ja-Stimmen  
6 Enthaltungen**



Herr **Bartl** stellte fest, dass damit auch der Antrag der HAL-Fraktion (TOP 5.4.1) erledigt sei.

Beschlussvorschlag Antrag der HAL-Fraktion (TOP 5.4.1 :

1. Der Stadtrat beschließt die Aufhebung des Stadtratsbeschlusses (Vorlagen-Nr.: III/2003/03279) vom 27.08.2003 „Ergebnisse der Machbarkeitsstudie für das Projekt Phänomene und Vorschläge zum weiteren Vorgehen“.
2. Die aktuellen Planungen für eine Realisierung des Vorhabens in der Stadt Halle (Saale) werden eingestellt.

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat zeitnah ein finanzierbares Alternativkonzept zur Erschließung und Nutzung des Areals am Holzplatz für das Stadtjubiläum im Jahr 2006 vorzulegen.

Herr Bartl verlas nachstehenden Änderungsantrag:

Änderungsvorschlag Stadträtin Prof. Vent zur modifizierter Vorlage:

*Punkt 1, zweiter Satz: dürfen anstelle sollen*

*Punkt 2, letzter Satz: Sollten die entsprechenden finanziellen Mittel bis zu diesem Zeitpunkt nicht nachgewiesen werden, verzichtet die Stadt Halle (Saale) auf die weitere Realisierung des Projektes „Phänomene“.*

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** äußerte sich zu dem Änderungsvorschlag und erklärte, natürlich werde eine Projektbegleitung mindestens die Personalkosten von ein, zwei Mitarbeitern bedeuten. Wenn die vorgeschlagene Formulierung definitiv so da stehe, stimme man darüber ab, dass nicht mehr getan werde.

Frau **Prof. Vent** fragte nach einem treffenderen Formulierungsvorschlag. Natürlich müsse das Projekt von der Verwaltung betreut werden.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** ergänzte, wenigstens eine Koordinierung müsse von Seiten der Verwaltung möglich sein. Wenn man das nicht zulassen wolle, könne man dem Antrag von Frau Weiß zustimmen.

Frau **Prof. Vent** betonte, ihre Intention bei dem Änderungsvorschlag sei es, dass keine Mittel nach außen gegeben werden, dass aber die Verwaltung in Zusammenhang mit Herrn Dr. Müller das Projekt bis zum September weiterführe.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** schlug vor, ihre Aussage bezüglich der anstehenden Personalkosten innerhalb der Verwaltung zu Protokoll zu nehmen.

**Abstimmungsergebnis**

**Änderungsantrag Stadträtin Prof. Vent:**

**mehrheitlich z u g e s t i m m t**

**bei 3 Nein-Stimmen**

**5 Enthaltungen**

**Abstimmungsergebnis Vorlage:**  
*(in modifizierter Form)*

mehrheitlich z u g e s t i m m t

bei 33 Ja-Stimmen  
17 Nein-Stimmen  
6 Enthaltungen

**Beschluss (in modifizierter Form):**

1. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, an der Umsetzung des Projektes „Phänomene“ auf dem Holzplatz nach einem modifizierten Vorgehen (3-Schritte-Modell) weiterzuarbeiten. Dabei dürfen bis zu einer anderen Beschlussfassung keinerlei finanzielle Mittel im Haushalt der Stadt gebunden oder für die Projektbearbeitung eingesetzt werden.
  2. Der Stadtrat ist bis zur Stadtratssitzung am 16.03.2005 über das inhaltliche Konzept zur Eröffnung der Ausstellung zu informieren und über die notwendigen finanziellen Mittel zur Realisierung der 1. Phase einschließlich Absicherung von Ausstellungsinvestitionen, Transport, Betriebskosten, Infrastruktur- und Marketingmaßnahmen zu unterrichten. Bis zur Stadtratssitzung am 28.09.2005 ist dem Stadtrat ein Bericht zur Akquisition der notwendigen Finanzmittel für diese 1. Phase durch das Zürcher Forum vorzulegen. Sollten die entsprechenden finanziellen Mittel bis zu diesem Zeitpunkt nicht nachgewiesen werden, verzichtet die Stadt Halle (Saale) auf die weitere Realisierung des Projektes „Phänomene“.
-

**zu 5.5 Benennung von 4 Aufsichtsratsmitgliedern für die Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) der Arbeitsgemeinschaft (ARGE) zur Umsetzung des SGB II**

Vorlage: IV/2004/04625

---

**Wortprotokoll:**

Frau **Wolff**, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, äußerte, ihr sei aufgefallen, dass zwei der genannten Personen auch im Eigenbetrieb für Arbeitsförderung sitzen. Nach ihrer Auffassung ergebe das einen Interessenskonflikt, auf der einen Seite für die Stadt tätig zu sein und auf der anderen Seite als neutraler Aufsichtsrat Mitglied in der ARGE sei.

Frau Bürgermeisterin **Szabados** antwortete, die Verwaltung könne hier keine Bedenken erkennen.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

**Abstimmungsergebnis:    mehrheitlich z u g e s t i m m t**

**Beschluss:**

**Der Stadtrat benennt folgende Personen zwecks Bestellung in den Aufsichtsrat der ARGE SGB II Halle GmbH**

- 1. Herr Thomas Godenrath CDU**
  - 2. Frau Ute Haupt            PDS**
  - 3. Herr Gottfried Koehn    SPD**
  - 4. Frau Thea Ilse            WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger**
-

**zu 5.6 Mittelfristige Förderung des Künstlerhaus 188 e. V. und Betriebskostenförderung der unter Punkt 4 genannten Vereine zur Nutzung des Künstlerhauses für den Zeitraum 1. Januar 2005 bis 31.12.2010**

Vorlage: IV/2004/04295

---

**Wortprotokoll:**

Herr **Dr. Marquardt**, Beigeordneter für Kultur und Bildung, warb für die Vorlage der Verwaltung. Das Künstlerhaus 188 führe nur wenige eigene Projekte durch. Der Verein unterhalte das Künstlerhaus, um Künstlerförderung der Stadt Halle für freischaffende Künstler, Künstlergruppen und Kunstvereine zu ermöglichen. Die laut Beschlussvorlage zur verwendenden Mittel seien auszugeben für Personalkosten und in ganz geringem Maße (16 T€) für Sachkosten.

Wenn der Verein, wie vorgeschlagen worden sei, lediglich für ein Jahr eine Förderung erhalten würde, so würde dies nachfolgende Probleme mit sich bringen: Fehlende Planungssicherheit für internationale Projekte, keine Chance für die angestrebte Regelfinanzierung durch die Kunststiftung des Landes, Erschwernis des Einrufens von Drittmitteln und die Gewinnung weiterer Partner für Projekte, Verunsicherung der jetzigen Nutzer.

Frau **Dr. Bergner**, CDU-Fraktion, stellte namens ihrer Fraktion den **Änderungsantrag, die Förderung für ein Jahr zu bewilligen mit der Maßgabe, bis April 2005 eine Kosten-Nutzen-Analyse vorzulegen**. Im Kulturausschuss habe dieser Antrag eine Mehrheit gefunden.

Herr **Prof. Ehrler**, Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Mitbürger, erklärte, er unterstütze den Antrag. Aus der Szene der Bildenden Kunst das Haus verschwinden zu sehen, täte ihm sehr weh.

Herr **Krause**, SPD-Fraktion, sprach gegen den Änderungsantrag. Im Hauptausschuss habe man bereits einen Kompromiss gefunden; dreijährige Förderung Ja, aber Vorlegen der Analyse bis April 2005.

Frau **Ewert**, SPD-Fraktion, äußerte, sie verstehe das Misstrauen, das hier herrsche nicht. Das Künstlerhaus leiste gute Arbeit. Für Bildende Kunst werde nicht so viel getan, wie für andere Sparten.

Herr **Dr. Bartsch**, PDS-Fraktion, erklärte, seine Fraktion werde in der Mehrheit dem Vorschlag der Verwaltung folgen. Man erwarte vom Künstlerhaus mehr Aktivität, mehr Außenwirksamkeit, aber dazu gehöre auch Planungssicherheit.

Herr **Prof. Schuh**, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, fragte, was es bedeute: Optionsrecht, das durch beide für drei Jahre wahrgenommen werden könne. Heiße das, man beschließe jetzt für sechs Jahre?

Herr **Dr. Marquardt** antwortete, Option heiße Option, kein Beschluss, d.h. es könne auch rückgängig gemacht werden.

Herr **Prof. Schuh** meinte, er halte die Option für unverhältnismäßig lange, drei Jahre sollten das Maximum sein. Man sollte ein Optionsrecht streichen.

Herr **Bönisch**, CDU-Fraktion, ging auf Beschlusspunkt 3 ein; darin würden die Mittel für die Jahre 2007 bis 2010 festgeschrieben. Wer habe dann noch welche Option, etwas zu ändern?

Herr **Dr. Marquardt** antwortete, wenn diese Option wahrgenommen würde, würde sich der Betrag verringern, weil der Verein entsprechende Mittel einspare.

Herr **Bönisch** konkretisierte seine Frage: In dem Beschluss werde die Förderung für die Jahre 2005 bis 2007 festgeschrieben, also für die nächsten drei Jahre. Was geschehe dann Ende 2007? Wer müsse sagen, ob es in 2008 noch Geld in welcher Höhe gebe?

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** stellte fest, dass es einige Unsicherheiten gebe. Sie schlage vor, Herr Willecke möge eine entsprechende Formulierung finden, die klar stelle, dass der Stadtrat über eine Förderung von drei Jahren beschließe.

Der Stadtrat legte eine **P a u s e** ein.

Herr **Dr. Marquardt** teilte Änderungen im Beschlussvorschlag der Verwaltungsvorlage mit: in Punkt 1 sei zu streichen: einschließlich einer Option auf weitere drei Jahre. Hinzuzufügen sei der Satz „Über eine weitere Verlängerung der Förderung von drei Jahren entscheidet der Stadtrat nach zwei Jahren.“ Analog sei in der Begründung auf Seite 10 ein Absatz zu streichen.

Frau **Wolff**, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, wies darauf hin, dass auch in den Punkten 3 und 4 entsprechend geändert werden müsse.

Herr **Bönisch** bestätigte, auch in Punkt 4 müsse eine Änderung erfolgen.

Herr **Dr. Marquardt** wiederholte die Änderungen im Beschlussvorschlag in den Punkten 1, 3 und 4.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht. Herr Bartl verlas den Änderungsantrag der CDU-Fraktion und stellte ihn zur Abstimmung.

**Abstimmung Änderungsantrag der CDU-Fraktion:      mehrheitlich a b g e l e h n t**

**bei 25 Ja-Stimmen  
26 Nein-Stimmen  
2 Enthaltungen**

**Abstimmungsergebnis Vorlage:**

**mehrheitlich z u g e s t i m m t**

**bei 2 Nein-Stimmen**

**Beschluss (in modifizierter Form):**

1. Der Stadtrat beschließt die mittelfristige Förderung des Künstlerhaus 188 e. V. ab dem 1. Januar 2005 für 3 Jahre, mit der Zielstellung, das Künstlerhaus 188 als Kommunikations- und Arbeitsstätte besonders für bildende Künstlerinnen und Künstler und als Haus der Kunstvereine weiter zu profilieren. Über eine weitere Verlängerung der Förderung von drei Jahren entscheidet der Stadtrat nach 2 Jahren.
2. Das ZGM wird beauftragt, mit dem Künstlerhaus 188 e.V. einen Mietvertrag ab dem 1. Januar 2005 entsprechend der Variante B (Punkt 4 der Begründung) - Miete in Höhe von 186.203,80 € - abzuschließen.
3. Die Förderung der inhaltlichen Arbeit für den Künstlerhaus 188 e.V. wird wie folgt festgeschrieben:

2005	85.000,00 €
2006	82.500,00 €
2007	80.000,00 €

Für erforderliche Mietzahlungen und damit verbundene Ausgaben erhält der Verein zudem im Vertragszeitraum jährlich eine Förderung in Höhe von mind. 186.203,80 €.

4. Die Betriebskostenförderung für folgende Vereine wird für 3 Jahre jährlich festgeschrieben:

Förderkreis der Schriftsteller e.V.	2.600 € (1.3400.718000)
Verband bildender Künstler S./A. e.V.	2.500 € (1.3400.718000)
Landesverband Deutscher Komponisten e.V.	1.950 € (1.3300.718000)
Hallescher Kunstverein e. V.	2.860 € (1.3400.718000)
gesamt:	9.910 €.

## **zu 5.7 Vertrag über die Förderung der Bühnen der Stadt Halle (Saale) 2005 bis 2008**

Vorlage: IV/2004/04549

---

### **Wortprotokoll:**

Herr **Dr. Marquardt**, Beigeordneter für Kultur und Bildung, wies darauf hin, dass dem Stadtrat die Vorlage in der Form vorliege, wie sie der Finanzausschuss empfohlen habe. Nachträglich seien noch zwei Protokollnotizen (6 + 3) angefügt worden, die nicht in allen Ausschüssen beraten worden seien.

Protokollnotiz 6 zum Absatz 2 des Paragraphen 5: Das betrifft vor allem solche Maßnahmen, die geeignet sind, die Eigenverantwortung der Theaterbetriebe im Interesse der künstlerischen Freiheit und der betriebswirtschaftlichen Selbstständigkeit weiter zu stärken. Dazu gehören insbesondere Organisationsentscheidungen über die Rechts- und Betreiberform des Theaters

sowie die sachgerechte Ausgestaltung der administrativen und finanziellen Beziehungen zwischen Träger und Theater.

Protokollnotiz 3 zum Paragraphen 1: Ergänzung - Die mit diesem Vertrag vereinbarte Förderung der Bühnen der Stadt Halle schließt eine zusätzliche Projektförderung durch das Land nicht aus.

Im Zuge der Vertragsunterzeichnung werde die Nummerierung der Protokollnotizen (Nummer 3 kommt zweimal vor) geändert.

Frau **Ewert**, SPD-Fraktion, erklärte, ihre Fraktion lege Wert darauf, dass die Tabelle über die Kürzung der Landesmittel nicht Gegenstand der Vorlage sein solle.

Herr **Dr. Marquardt** bestätigte, die Vorlage liege in der Form vor, wie sie der Finanzausschuss empfohlen habe, nämlich ohne diese Tabelle.

Herr **Dr. Schmidt**, SPD-Fraktion, zitierte die Protokollnotiz 4 zu Paragraph 3 des Vertrages.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht

**Abstimmungsergebnis:    mehrheitlich z u g e s t i m m t**

### **Beschluss:**

**Der Stadtrat stimmt zu, den Vertrag über die Förderung der Bühnen der Stadt Halle 2005 bis 2008 zwischen dem Land Sachsen- Anhalt und der Stadt Halle (Saale) abzuschließen.**

---

**zu 5.8 Änderung des Neuordnungskonzeptes Silberhöhe, lfd. Nr. 1 - Abriss der Objekte Wilhelm-von-Klewiz-Straße 1-8 und Philipp-von-Ladenberg-Straße 19-20**

Vorlage: IV/2004/04563

---

**Wortprotokoll:**

Herr **Geuther**, CDU-Fraktion, warf der Stadtverwaltung vor, nicht mit Ideen offensiv an die Wohnungsgesellschaften herangetreten zu sein, bevor die Häuser leer gezogen worden seien, z. B. ein Modell zu schaffen, aus 11-geschossigen Gebäuden moderne Bauten zu machen.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

**Abstimmungsergebnis:      mehrheitlich z u g e s t i m m t**

**bei 1 Nein-Stimme**

**1 Enthaltung**

**Beschluss:**

**Der Stadtrat beschließt die Änderung des Neuordnungskonzeptes Silberhöhe, lfd. Nr. 1 und stimmt dem Abriss der Objekte Wilhelm-von-Klewiz-Straße 1 - 8 (344 WE) und Philipp-von-Ladenberg-Straße 19/20 (86 WE) zu.**

---



**zu 5.9 Feststellung Jahresabschluss 2003 der Mitteldeutsche  
Multimediazentrum Halle GmbH**  
Vorlage: IV/2004/04592

---

**Wortprotokoll:**

Es gab keine Wortmeldungen zur Vorlage.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig z u g e s t i m m t**

**Beschluss:**

**Der Vertreter der Gesellschafterin Stadt wird ermächtigt, folgenden  
Gesellschafterbeschluss zu fassen:**

- 1. Der vom Geschäftsführer der Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle GmbH vorgelegte Jahresabschluss des Jahres 2003 wird in der von der Fasselt & Partner Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüften und am 15.07.2004 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.**

<b>Der Jahresfehlbetrag beträgt</b>	<b>414,43 €</b>
<b>Die Bilanzsumme beträgt</b>	<b>10.866.636,70 €</b>

- 2. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 414,43 € wird auf das Jahr 2004 vorgetragen.**
  - 3. Die Mitglieder des Aufsichtsrates werden für das Geschäftsjahr 2003 entlastet.**
-

**zu 5.10 Feststellung Jahresabschluss 2003 der Flugplatzgesellschaft mbH  
Halle/Oppin**  
Vorlage: IV/2004/04599

---

**Wortprotokoll:**

Es gab keine Wortmeldungen zur Vorlage.

**Abstimmungsergebnis:   mehrheitlich z u g e s t i m m t**  
  
                                  **bei 1 Nein-Stimme**  
                                  **4 Enthaltungen**

**Beschluss:**

**Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) genehmigt folgende Beschlussfassung des Vertreters der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin vom 21.09.2004:**

- 1. Der von der Geschäftsführung der Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin vorgelegte Jahresabschluss 2003 wird in der von der Dipl. Kfm. Henschke und Partner GbR geprüften und am 10.05.2004 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.**

<b>Der Jahresfehlbetrag beträgt</b>	<b>150.415,89 €</b>
<b>Die Bilanzsumme beträgt</b>	<b>2.836.181,35 €</b>

- 2. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 150.415,89 € wird auf neue Rechnung vorgetragen.**
  - 3. Die Mitglieder des Aufsichtsrates werden für das Geschäftsjahr 2003 entlastet.**
-

**zu 5.11 Feststellung Jahresabschluss 2003 der Mitteldeutscher  
Verkehrsverbund GmbH**

Vorlage: IV/2004/04593

---

**Wortprotokoll:**

Es gab keine Wortmeldungen zur Vorlage.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig z u g e s t i m m t  
bei 1 Enthaltung**

**Beschluss:**

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) genehmigt die Zustimmung des städtischen Vertreters in der Gesellschafterversammlung der Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH vom 27.07.2003 zu folgendem Beschluss:

1. Der vom Geschäftsführer der Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH vorgelegte Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2003 wird in der von der KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft AG geprüften und am 24.05.2004 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.

Das Jahresergebnis beträgt	0,00 €
Die Bilanzsumme beträgt	4.176.818,89 €

2. Die Mitglieder des Aufsichtsrates werden für das Geschäftsjahr 2003 entlastet.
-

**zu 5.12 Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2002/2003 Thalia/Kinder- und Jugendtheater Halle**  
Vorlage: IV/2004/04316

---

**Wortprotokoll:**

Es gab keine Wortmeldungen zur Vorlage.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig z u g e s t i m m t**

**Beschluss:**

- 1. Der Stadtrat beschließt den Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2002/2003 des Eigenbetriebes Thalia Theater/Kinder- und Jugendtheater und entlastet die Theaterleitung für das Wirtschaftsjahr 2002/2003.**
  - 2. Der Stadtrat beschließt, dass der Jahresverlust in Höhe von 167.321,07 € durch Entnahme aus der allgemeinen Rücklage ausgeglichen wird.**
-

**zu 5.13 Jahresabschluss des Wirtschaftsjahres 2003 des Eigenbetriebes für  
Arbeitsförderung der Stadt Halle (Saale) - EfA**

Vorlage: IV/2004/04542

---

**Wortprotokoll:**

Es gab keine Wortmeldungen zur Vorlage.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig z u g e s t i m m t**

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt:

1. Der Jahresabschluss für den EfA für das Wirtschaftsjahr 2003 wird festgestellt.
  2. Der Leitung des EfA wird für das Wirtschaftsjahr 2003 gemäß § 18 Abs. 4 Satz 2 EigenBG LSA Entlastung erteilt.
  3. Die nicht verbrauchten Zuschüsse (Überschuss) in Höhe von 5.523,08 € werden in den städtischen Haushalt zurückgeführt.
-

**zu 5.14 Nachtragswirtschaftsplan des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung  
der Stadt Halle (Saale) für das Jahr 2004**

Vorlage: IV/2004/04543

---

**Wortprotokoll:**

Es gab keine Wortmeldungen zur Vorlage.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig z u g e s t i m m t**

**Beschluss:**

**Der Nachtragswirtschaftsplan des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung für das Jahr 2004 wird bestätigt.**

---

**zu 5.15 Jahresabschluss für das Psychiatrische Krankenhaus Halle für das Jahr 2003**

Vorlage: IV/2004/04536

---

**Wortprotokoll:**

Es gab keine Wortmeldungen zur Vorlage.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig z u g e s t i m m t**

**Beschluss:**

1. Der Jahresabschluss für das Psychiatrische Krankenhaus Halle (Saale) für das Wirtschaftsjahr 2003 wird festgestellt.
  2. Die Leitung des Psychiatrischen Krankenhauses Halle (Saale) wird für das Wirtschaftsjahr 2003 gemäss § 18 (4) Satz 2 EigenBG LSA Entlastung erteilt.
  3. Der Verlust von 59.781,49 € wird mit der Gewinnrücklage ausgeglichen.
-

**zu 5.16 Wirtschaftsplan des Jahres 2005 des Psychiatrischen Krankenhauses Halle (Saale)**

Vorlage: IV/2004/04537

---

**Wortprotokoll:**

Es gab keine Wortmeldungen zur Vorlage.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig z u g e s t i m m t**

**Beschluss:**

**Der Stadtrat beschließt, entsprechend § 10 (2) der Betriebssatzung für den Eigenbetrieb „Psychiatrischen Krankenhaus Halle (Saale)“, den Wirtschaftsplan 2005.**

---



**zu 5.17 1. Satzung vom 15.12.2004 zur Änderung der  
Straßenreinigungssatzung vom 17.12.2003**  
Vorlage: IV/2004/04479

---

**Wortprotokoll:**

Herr **Dr. Meerheim**, PDS-Fraktion, fragte bezüglich der auf der Vorlage stehenden Bemerkung „Finanzielle Auswirkungen“. Wenn man Straßenzuordnungen in die unterschiedlichen Klassen vornehme und sich damit auch die Reinigungshäufigkeit ändere, werde da nicht auch die Gebühr geändert und habe das nicht doch finanzielle Auswirkungen?

Herr **Doege**, Beigeordneter für Ordnung, Sicherheit, Umwelt und Sport, antwortete, die Straßenverschiebungen innerhalb der Satzung sei kostenneutral erfolgt.

Herr **Kupke**, CDU-Fraktion, regte an zu prüfen, wo weniger Kehrmaschinen eingesetzt werden können.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig z u g e s t i m m t**  
**bei 1 Enthaltung**

**Beschluss:**

- 1. Der Stadtrat beschließt die 1. Satzung vom 15.12.2004 zur Änderung der Satzung über die Straßenreinigung in der Stadt Halle (Saale) (Straßenreinigungssatzung) vom 17.12.2003.**
  - 2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Satzung ortsüblich bekannt zu geben.**
-

**zu 5.18 Baubeschluss Erschließungsmaßnahme Industriepark Chemiestraße**  
Vorlage: IV/2004/04375

---

**Wortprotokoll:**

Es gab keine Wortmeldungen zur Vorlage.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig z u g e s t i m m t  
bei 1 Enthaltung

**Beschluss:**

**A. Erschließung**

1. Der Stadtrat beschließt die Durchführung der Erschließungsmaßnahme Industriepark Chemiestraße.
2. Die Aufteilung der Gesamtmaßnahme in einen zur Förderung beantragten Maßnahmeteil mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von 6.465.131 € (davon 383.000 € Grunderwerb) und einem nicht förderfähigen Maßnahmeteil mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von 499.169 € ohne Grunderwerb wird bestätigt.
3. Der Baubeschluss steht unter der Bedingung, dass Fördermittel für den entsprechend beantragten Maßnahmeteil in einer Quote von mindestens 60 % bewilligt werden. Erfolgt die Bewilligung nicht oder erfolgt sie mit einer geringeren Quote, so ist ein neuer Baubeschluss erforderlich.

**B. Liegenschaftsfragen**

4. Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, die zur Erschließung notwendigen Grundstücksflächen gemäß Nr. 4.3 der Vorlage bis zu einem Gesamtwert von 383.000 € einschl. Nebenkosten des Grunderwerbs anzukaufen. Im Falle einer verminderten Ausbaulösung ist der Grunderwerb entsprechend zu verringern.
-

**zu 5.19 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 134 Parkplatz Krankenhaus  
Dörlau - Abwägungsbeschluss**  
Vorlage: IV/2004/04551

---

**Wortprotokoll:**

Es gab keine Wortmeldungen zur Vorlage.

**Abstimmungsergebnis:    mehrheitlich z u g e s t i m m t**  
**bei 1 Nein-Stimme**

**Beschluss:**

- 1. Den Entscheidungsvorschlägen der Verwaltung über die Behandlung der vorgebrachten Anregungen zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 134, Parkplatz Krankenhaus Dörlau, wird zugestimmt.**
  - 2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, in diesem Sinne den Trägern öffentlicher Belange sowie den Bürgerinnen und Bürgern, die Anregungen vorgebracht haben, zu antworten und die Entscheidung unter Angabe der Gründe mitzuteilen.**
-

**zu 5.20 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 134 Parkplatz Krankenhaus  
Dörlau - Satzungsbeschluss**  
Vorlage: IV/2004/04552

---

**Wortprotokoll:**

Es gab keine Wortmeldungen zur Vorlage.

**Abstimmungsergebnis:   mehrheitlich z u g e s t i m m t**  
**bei 1 Nein-Stimme**

**Beschluss:**

- 1. Der Stadtrat beschließt den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr.134 – Parkplatz Krankenhaus Dörlau, bestehend aus der Planzeichnung und den textlichen Festsetzungen gemäß § 10 Bau GB als Satzung.**
  - 2. Die Begründung wird gebilligt.**
-

**zu 5.21 Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses und des Beschlusses zur Billigung des Vorentwurfs für einen Bebauungsplan Nr. 54 Wohngebiet Dörlau, Angerweg**  
Vorlage: IV/2004/04250

---

**Wortprotokoll:**

Es gab keine Wortmeldungen zur Vorlage.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig z u g e s t i m m t**

**Beschluss:**

1. Der Stadtrat beschließt die Aufhebung des Beschlusses Nr. 94/I-48/1080 der 48. Tagung der Stadtverordnetenversammlung vom 27.04.1994 über die Aufstellung eines Bebauungsplanes Nr. 54 für das Wohngebiet Dörlau, Angerweg.
  2. Die im Aufstellungsbeschluss vom 27.04.1994 angeführten Planungsziele sind nicht mehr gegeben, der Beschluss über die Billigung des Vorentwurfes wird ebenfalls aufgehoben.
-

**zu 5.22 Aufhebung des Satzungsbeschlusses des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) vom 17. Oktober 1997 über den Bebauungsplan Nr. 76.1 Sport- und Freizeitbereich Gimritzer Damm, Teilbepauungsplan Bereich Sandanger**  
Vorlage: IV/2004/04508

---

**Wortprotokoll:**

Es gab keine Wortmeldungen zur Vorlage.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig z u g e s t i m m t**  
**bei 4 Enthaltungen**

**Beschluss:**

**Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) stimmt der Aufhebung des Satzungsbeschlusses des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) vom 17.10.1997 über den Bebauungsplan Nr. 76.1 Sport- und Freizeitbereich Gimritzer Damm, Teilbepauungsplan Bereich Sandanger zu.**

---

## **zu 5.23 Vergabe eines Straßennamens**

Vorlage: IV/2004/04503

---

### **Wortprotokoll:**

Es gab keine Wortmeldungen zur Vorlage.

**Abstimmungsergebnis:**    **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

bei 1 Nein-Stimme  
1 Enthaltung

### **Beschluss:**

**Der Straßename „Am Brunnen“ für den westlichen Abschnitt der Elbestraße in Dölau wird bestätigt.**

---

**zu 6      Wiedervorlage**

---

**zu 6.1      Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Einrichtung von Beiräten für  
das Stadtmuseum**

Vorlage: IV/2004/04434

---

**Wortprotokoll:**

Frau **Dr. Bergner**, CDU-Fraktion, plädierte für die Annahme des Antrages.

Frau **Ewert**, SPD-Fraktion, bat, den Kulturausschuss bei der Einrichtung dieses Gremiums einzubeziehen.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

**Abstimmungsergebnis:      einstimmig z u g e s t i m m t**  
**bei 2 Enthaltungen**

**Beschluss:**

**Die Verwaltungsspitze wird beauftragt, zwei separate Beiräte für das Stadtmuseum und das Technische Halloren- und Salinemuseum einzurichten.**

---



**zu 7      Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

**zu 7.1      Antrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -  
MitBürger zur Haushaltskonsolidierung**  
Vorlage: IV/2004/04620

---

**Wortprotokoll:**

Frau **Ilse**, Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger, bat um Zustimmung zum Antrag.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

**Abstimmungsergebnis:      mehrheitlich z u g e s t i m m t**  
**bei 4 Nein-Stimmen**  
**6 Enthaltungen**

**Beschluss:**

**In Ergänzung des Beschlusses des Stadtrates vom 27.10.2004 (Beschluss-Nr. IV/2004/04491) wird die Anstalt öffentlichen Rechts „BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)“ beauftragt, bei der Prüfung der Beteiligungen der Stadt Halle und der Erarbeitung entsprechender Vorschläge für eine Entwicklung der Beteiligungen auch Modelle zu untersuchen, die den Eigenkauf von Gesellschaften vorsehen.**

---

**zu 7.2 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion - Betreffs der Prüfung des Einsatzes von freiwilligen Ordnungshelfern**  
Vorlage: IV/2004/04618

---

Beschlussvorschlag:

*Die Verwaltung prüft bis zum Ende des ersten Quartals 2005 den Einsatz von freiwilligen Ordnungshelfern im Stadtordnungsdienst.*

**Wortprotokoll:**

Herr **Godenrath**, CDU-Fraktion, bat um Zustimmung zu diesem Prüfauftrag. Hiermit könnte eine weitere Möglichkeit eröffnet werden, dem Bürger das ehrenamtliche Engagement zu ermöglichen.

Herr **Prof. Schuh**, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, erklärte, er fühle sich bei diesem Antrag sehr unwohl. Eigentlich handle es sich dabei um eine Legitimierung von Denunziantentum.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

**Abstimmungsergebnis:    mehrheitlich a b g e l e h n t**

**bei 18 Ja-Stimmen  
33 Nein-Stimmen  
4 Enthaltungen**

Der Stadtrat lehnte den Antrag ab.

**zu 7.3 Antrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger zur Umbenennung der Stelle der Ausländerbeauftragten in der Stadt Halle (Saale)**

Vorlage: IV/2004/04622

---

Beschlussvorschlag:

*Die Stelle der Ausländerbeauftragten in der Stadt Halle (Saale) wird in Beauftragte für Integration und Migration umbenannt.*

**Wortprotokoll:**

Frau **Ilse**, Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger, verwies auf den Beschluss des Stadtrates zum Konzept für Integration von Ausländern in der Stadt. Mit der Annahme des Antrages könnte der beschlossene Perspektivwechsel vollendet werden.

Herr **Kupke**, CDU-Fraktion, verwies den Antrag namens seiner Fraktion in den Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss.

Herr **Dr. Heinrich**, CDU-Fraktion, äußerte sich zur Stellenbezeichnung.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

**Der Antrag wurde durch Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion in den**

- **Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss**

**verwiesen.**

**zu 7.4 Dringlichkeitsantrag der PDS-Fraktion zur Umbesetzung von Ausschüssen durch sachkundige EinwohnerInnen**  
Vorlage: IV/2004/04653

---

**Wortprotokoll:**

Es gab keine Wortmeldungen zur Vorlage.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig z u g e s t i m m t**  
**bei 1 Enthaltung**

**Beschluss:**

- 1. Als sachkundiger Einwohner im Planungsausschuss scheidet Herr Klaus M ü l l e r aus. Frau Franziska G o d a u wird als sachkundige Einwohnerin für den Planungsausschuss ab 01.01.2005 benannt.**
  - 2. Als sachkundige Einwohnerin im Rechnungsprüfungsausschuss scheidet Frau Franziska G o d a u aus. Herr Klaus M ü l l e r wird als sachkundiger Einwohner für den Rechnungsprüfungsausschuss ab 01.01.2005 benannt.**
-

## zu 8      **Anfragen von Stadträten**

---

### zu 8.1      **Anfrage der Stadträtin Heidrun Tannenberg, PDS, zum Bauabschnitt am "Gastronom" in Halle-Neustadt**

Vorlage: IV/2004/04621

---

Mit dem letzten Bauabschnitt am „Gastronom“ und dem Ersatzneubau der Jugendeinrichtung in Halle-Neustadt wird dieses Gebiet seitens der Stadt Halle (Saale) fertig gestellt sein.

Offen bleiben noch die Durchgänge des Wohnblockes Zerbster Straße 25 – 43, die sich im Eigentum der EWG befinden.

Ich frage die Stadtverwaltung:

- 1. Gibt es Informationen über den Zeitpunkt und die Art der Bauausführung zur Sanierung der Durchgänge einschließlich der dazugehörigen Treppen und Rampen durch den Eigentümer?**
- 2. Ist bei der Sanierung davon auszugehen, dass diese zugunsten der MieterInnen erfolgt und die Durchgänge geöffnet bleiben?**
- 3. Sind bereits durch die Stadt Halle (Saale) für die Sanierung der Durchgänge Planungsleistungen durchgeführt wurden?**
- 4. Wie beurteilt die Stadtverwaltung das Vorhaben der EWG, die Durchgänge zu schließen und daraus Wintergärten zu gestalten?**

#### **Antwort der Verwaltung:**

Die EWG Hansel Wohnungs KG Hamburg als Eigentümer des Wohnblockes Zerbster Straße 25-43 beabsichtigte zunächst, zeitgleich mit den städtischen Baumaßnahmen die Treppen und Rampen zu erneuern.

Bereits in der Anliegerbeteiligung am 28.02.02 traf die EWG die Aussage, ab Monat Mai 2004 die Durchgänge und Blockvorbereiche – auf ihre Kosten - neu zu gestalten. Auch die Rampen sollten verändert werden.

Dies wurde mit Schreiben vom 12.03.03 bekräftigt.

Es war deshalb davon auszugehen, dass die Durchgänge geöffnet bleiben.

Durch die Stadt Halle wurden keine Planungsleistungen für die Sanierung der zum Gebäude gehörenden Treppen und Rampen durchgeführt, die Beauftragung erfolgte durch die EWG selbst. Eine dergestalt gezogene Schnittstelle ist bei Wohnumfeldmaßnahmen die übliche Vorgehensweise zwischen der Stadt und den betroffenen Wohnungsgesellschaften.

Die Stadt Halle bedauert es sehr, dass die Geschäftsleitung der EWG während der Bauphase eine völlig neue Position aufmachte. Sie machte nun den Vorschlag, nur den mittleren Durchgang zu erhalten und die hierfür erforderliche Sanierung solle die Stadt tragen. Die übrigen Durchgänge wolle man zu Wintergärten umgestalten.

Dies war nicht akzeptabel. Es darf keine Sanierung fremden Eigentums zu Lasten der öffentlichen Hand erfolgen. Dies gilt erst recht im Hinblick auf andere Wohnungsgesellschaften, die sich an Absprachen halten und die zudem Leistungen, wie zwischen Stadt und EWG ehemals vereinbart, auch erbringen. Ebenso ist die Förderung aus dem Landesförderprogramm „Urban“ hierfür nicht möglich.

Durch die jetzige, im Schriftverkehr bekräftigte Abkehr von den vorgenannten Absprachen seitens der EWG werden die Anbindungen des mittleren und des nördlichen Durchganges, die baulich mittlerweile fertiggestellt sind, infolge der Schließung der Durchgänge durch die EWG bedeutungslos.

Das weitere Verhalten der EWG bei alledem ist offensichtlich widersprüchlich. Durch die schriftliche Ankündigung, die vorhandenen Hauseingänge zu schließen, entzieht sie den Wegeanschlüssen jegliche Sinnhaftigkeit, freilich hat sie jetzt Klage eingereicht, um die anstehende Beseitigung der funktionslos werdenden Wegeanschlüsse zu verhindern.

Zumindest eine Konstante zeigt sich nach alledem bei der EWG: Sie will von ihrem oben genannten Vorschlag keinerlei Abstriche machen und verweist im Schriftverkehr auf ehemalige Meinungsverschiedenheiten zwischen EWG und GWG.

Zum Bedauern der Stadtverwaltung muss das Vorhaben „Freiflächengestaltung am Gastronom“ folglich auf das finanziell Mögliche reduziert und damit auf die Anbindung des südlich gelegenen Durchganges verzichtet werden.

gez. Dr. Thomas Pohlack  
Beigeordneter

**Die Antwort der Verwaltung wurde ohne Nachfragen zur Kenntnis genommen.**

## **zu 8.2 Anfrage der Stadträtin Frigga Schlüter-Gerboth, PDS, und des Stadtrates Dr. Uwe Köck, PDS, zu Standorten elektromagnetischer Strahlungsquellen**

Vorlage: IV/2004/04619

---

Im Rahmen der Überarbeitung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale) fragen wir an:

- 1. Welche weiteren Standorte als bisher im Flächennutzungsplan ausgewiesen, gibt es in der Stadt Halle (Saale) an denen elektromagnetische Strahlungsquellen entstehen und welche weiteren Trassen sind durch die technische Entwicklung hinzugekommen.**
- 2. Welche neuen Standorte sind in Planung?**

Bei der Beantwortung der Fragen sollten auch die UMTS-Stationen innerhalb des Stadtgebietes dargestellt werden.

### **Antwort der Verwaltung:**

zu 1.

Im Aufstellungsverfahren zum 1998 in Kraft getretenen Flächennutzungsplan wurden alle Träger öffentlicher Belange beteiligt. Aus diesen Beteiligungsverfahren resultieren die Darstellungen von Sendeanlagen, Vermittlungsstellen und Richtfunktrassen der jeweiligen Betreiber (Telekom, Deutsche Bahn, VEAG) im FNP. Es handelt sich dabei im Wesentlichen um eine nachrichtliche Übernahme des zur damaligen Zeit aktuellen Bestandes.

Im Fall der Überarbeitung des Flächennutzungsplanes wird im Ergebnis des dafür erforderlichen Beteiligungsverfahrens der dann zum Zeitpunkt der Überarbeitung aktuelle Stand zu den o. g. Anlagen und Standorten in den FNP übernommen.

Um Informationen über den derzeitigen Stand elektromagnetischer Strahlungsquellen und Richtfunktrassen zu erhalten, kann man dies anhand der Internetseite der zuständigen Regulierungsbehörde für Post und Telekommunikation (Reg TP) tun.

Diese Datenbank ermöglicht u. a. eine Online-Recherche von Standorten von Funkanlagen, für die die Reg TP eine Standortbescheinigung erteilt. Das Ergebnis der Recherche wird direkt in dem zugehörigen Kartenausschnitt angezeigt.

Standorte von Mobilfunkanlagen der üblichen Netze (C, D1, D2 und E) sowie UMTS werden in aller Regel im FNP nicht dargestellt, da die Darstellung technischer Anlagen nur bei deren flächiger Ausdehnung erfolgt. Außerdem befinden sich die jeweiligen Netze in ständiger Veränderung, neue Standorte von Sendeanlagen kommen hinzu, dafür entfallen auch wieder Standorte.

Für die Erteilung der bauordnungsrechtlichen Genehmigungen für diese Anlagen hat der FB 63 Bauordnung und Denkmalschutz die Federführung übernommen.

Auf der Seite <http://umweltatlas.halle.de> findet man unter Punkt 8.1. eine Karte mit den Standorten von Sendeanlagen für Mobilfunknetze im Stadtgebiet von Halle (Saale). Diese Karte wird derzeit nochmals mit der Standortdatenbank der Regulierungsbehörde für Post und Telekommunikation abgeglichen, da wenige Standorte nicht zweifelsfrei der digitalen Stadtgrundkarte zugeordnet werden können.

zu 2.

Über geplante Standorte von Sendeanlagen für Mobilfunknetze können im Wesentlichen nur die jeweiligen Netzbetreiber Auskunft geben.

Im Zusammenhang mit der Vergabe der UMTS-Lizenzen hatten die größten Netzbetreiber in einer Selbstverpflichtung ihre Bereitschaft erklärt, die Kommunen über die geplanten Mobilfunknetze zu informieren. Gespräche mit den Netzbetreibern finden statt.

gez. Dr. Thomas Pohlack  
Beigeordneter

**Die Antwort der Verwaltung wurde ohne Nachfragen zur Kenntnis genommen.**



### **zu 8.3 Anfrage der SPD-Fraktion zur Gaststätte auf der Rabeninsel**

Vorlage: IV/2004/04627

---

- 1. Wie beurteilt die Verwaltung den Zustand der früheren Gaststätte auf der Rabeninsel in Bezug auf die Verkehrssicherungspflicht des Eigentümers?**
- 2. Ist mit einer Sicherung bzw. einem Abriss der Reste des betreffenden Gebäudes durch den Eigentümer zu rechnen?**
- 3. Sieht die Verwaltung grundsätzlich eine Möglichkeit zur Reaktivierung des Grundstückes als Ausflugsgaststätte?**

#### **Antwort der Verwaltung:**

zu 1.

Der Fachbereich Bauordnung und Denkmalschutz wurde beauftragt, eine nochmalige Ortsbesichtigung durchzuführen, um konkret notwendige Sicherungsmaßnahmen gegen den Eigentümer auf dieser Grundlage verfügen zu können. Nach der bisherigen Kenntnis kommt nur ein ersatzloser Abbruch der Anlagen einschließlich einer Geländeberäumung in Frage, gegebenenfalls sind vorher Geländeabschnitte abzusperren.

zu 2.

Aufgrund des Zustandes der Anlagen ist eine Sicherung nicht sinnvoll.

zu 3.

Der Bestandsschutz der Gaststätte auf der Rabeninsel ist erloschen, im Außenbereich besteht kein Baurecht. Völlig ungelöst ist auch die Frage des Abwassers. Zur Reaktivierung des Grundstückes als Ausflugsgaststätte wären im Zusammenwirken mit den Eigentümern die erforderlichen Voraussetzungen erst zu schaffen (Planungsrecht, Erschließung). In der Vergangenheit verliefen diesbezügliche Anstrengungen erfolglos. Die Stadt selbst war nach Auskunft des Fachbereiches Liegenschaften nie Eigentümer des Objektes.

gez. Dr. Thomas Pohlack  
Beigeordneter

#### **Wortprotokoll:**

Herr **Dr. Schmidt**, SPD-Fraktion, fragte, ob die Verwaltung eine Reaktivierung einer solchen Gaststätte für begrüßenswert hielte, wenn sie möglich wäre.

**Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.**

**zu 8.4 Anfrage der Stadträte Wolff/Schuh, NEUES FORUM+UNABHÄNGIGE,  
zum Themenkomplex Kürzung der Zuschüsse für die Theater der  
Stadt Halle (Saale) durch das Land**  
Vorlage: IV/2004/04628

---

Das Land Sachsen-Anhalt wird die Zuschüsse für die Theater unserer Stadt Halle (Saale) kürzen.  
Wir fragen daher:

**Wie soll sich die Kürzung auf die einzelnen Theater auswirken?**

**Soll die Kürzung prozentual, d. h. auf die bisher bewilligten Landeszuweisungen der  
jeweiligen Theaterzuschüsse, verteilt werden? oder**

**Soll die Kürzung pauschal auf alle Theater gleich verteilt werden?**

**Antwort der Verwaltung:**

Im Kulturausschuss vom 01.12.04 wurde die Verwaltung aufgefordert, verschiedene Varianten eines Umlageschlüssels zur Umsetzung der Kürzungen, die sich aus dem Vertrag über die Förderung der Bühnen der Stadt Halle (Saale) für die einzelnen Theater ergeben, vorzulegen.

Diese Unterlagen wurden dem Finanzausschuss am 07.12.04 im Zusammenhang mit der Behandlung der Vorlage „Vertrag über die Förderung der Bühnen der Stadt Halle (Saale) 2005 bis 2008“, Vorlage Nr. IV/2004/04549, vorgelegt.

Der Finanzausschuss hat festgelegt, die Problematik des Umlageschlüssels aus der Vorlage herauszulösen und nochmals in den Gremien des Stadtrats zu erörtern.

Eine erste Beratung wird in den Sitzungen der Theaterausschüsse am 13. Dezember 2004 stattfinden.

gez. Dr. habil. Hans-Jochen Marquardt  
Beigeordneter für Kultur und Bildung

**Wortprotokoll:**

Frau **Wolff**, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, meinte, inhaltlich sei die Frage nicht beantwortet. Im Rahmen der Haushaltsdiskussion werde sich ihre Fraktion dazu noch einmal äußern.

**Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.**

**zu 8.5 Anfrage des Stadtrates Dr. Mohamed Yousif, PDS, zum Inkrafttreten des neuen Zuwanderungsgesetzes ab 01.01.2005 und zur Situation der irakischen Bürger in der Stadt Halle (Saale)**

Vorlage: IV/2004/04612

---

Das Gesetz zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und Regelung des Aufenthalts und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern (Zuwanderungsgesetz) tritt am 1. Januar 2005 in Kraft.

Ich frage die Stadtverwaltung:

1. **In der Stadt Halle (Saale) leben ca. 9300 Ausländer/innen.  
Wie werden die Ausländer/innen über die Änderungen im Zuwanderungsgesetz informiert?**
2. **Wie plant die Ausländerbehörde Halle (ABH) die Umstellung der Aufenthaltstitel ab dem 01.01.2005? Werden zusätzliche Mitarbeiter benötigt? (finanzielle Auswirkungen)**
3. **Wie viel geduldete Ausländer leben in der Stadt Halle (Saale)?  
Gibt es die Möglichkeit der Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis für diese Gruppe, wie sind die Arbeitsmöglichkeiten für die geduldeten Ausländer/innen?**
4. **Hat die Stadtverwaltung Kenntnis darüber, ob im Land Sachsen- Anhalt eine Härtekommission gebildet wird?  
Wenn ja, werden Anträge an diese Kommission direkt geschickt oder über die ABH?**
5. **Integration  
Wie wird die freiwillige Teilnahme bzw. die Verpflichtung zur Teilnahme an einem Integrationskurs für Migranten, Unionsbürger und Spätaussiedler geregelt?  
Wie soll die Durchführung der Integrationskurse in der Praxis in der Stadt Halle (Saale) aussehen? (Auswahl der Träger, Festlegungen der Integrationsprogramme, Zeitdauer, Kostenübernahme etc.)**
6. **Die irakischen Bürger bilden in der Stadt Halle (Saale) eine der größten Migrantengruppe. Wie viel irakische Bürger sind mit welchem Aufenthaltstitel zur Zeit in Halle aufhältig? (Angaben bezogen auf die Gesamtzahl, nach Altersgruppen, Aufenthaltsdauer und nach Geschlecht).**
7. **Wie viel irakische Bürger sind in den Irak freiwillig in den Jahren 2003/04 zurückgekehrt?**
8. **Wie viel Iraker befinden sich im Widerrufsverfahren?**
9. **Besteht die Möglichkeit der Erteilung einer Aufenthalts- bzw. einer Niederlassungserlaubnis, auch nach negativen Abschluss des Widerrufsverfahrens (§ 25 Zuwanderungsgesetz) ?**

**10. In wie viel und in welchen Fällen wurde nach Abschluss des  
Widerrufsverfahrens die Einbürgerung erfolgreich abgeschlossen oder  
verwehrt und wie kann man eine Prognose beschreiben?**

**Zwischenantwort der Verwaltung:**

Auf Grund des Umfanges der Anfrage erfolgt die Beantwortung zur Stadtratssitzung am 26.01.2005.

gez. Eberhard Doege  
Beigeordneter

**Wortprotokoll:**

Herr **Dr. Yousif**, PDS-Fraktion, bat, die Statistik per 31.12.2004 anzugeben.

**Die Zwischenantwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.**

## zu 9 Mündliche Anfragen von Stadträten

---

### Wortprotokoll:

Herr **Misch**, CDU-Fraktion, wies auf den Zustand der Außenmauer des Stadtgottesacker hin. Die gesamte Außenwand sei voller Grafittischmiererei. Er stelle sich die Frage: Verliere man solche Objekte, die man einmal öffentlich benannt habe, aus dem Blick, gewöhne sich an den Zustand oder fehle die Kraft, das sofort wieder zu beseitigen und gerade solch herausragende Objekte, mit denen man eigentlich nach außen wuchern wolle, wieder in einen ordentlichen Zustand herzusetzen. Bis wann werde die Außenumfriedung des Stadtgottesacker wieder in den Zustand versetzt, in dem sie gewesen sei?

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** sagte eine Antwort zu.

Herr **Prof. Schuh**, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, erinnerte an einen vom ihm gestellten Antrag zu prüfen, ob eine Abbiegespur in der Magdeburger Straße zu envia-m möglich sei. Eines der wichtigsten Argumente der Stadtverwaltung sei gewesen, dass dadurch die Straße an dieser Stelle einspurig würde und dies zu Stau führen würde. Nun sei die Magdeburger Straße umgebaut worden, vor der Klinik sei eine Haltestelle entstanden und die ganze Straße sei einspurig geworden.

Gelte für Haltestellen nicht das gleiche wie für Wirtschaftsförderung? Wieso breche jetzt der Verkehr in der Magdeburger Straße nicht zusammen?

Die Verwaltung sagte eine Antwort zu.

Herr **Weihrich**, Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Mitbürger, fragte zur EU-Luftqualitätsrahmenrichtlinie, die ab 2005 verbindliches Recht werde. Es sei abzusehen, dass in der Stadt Halle Grenzwerte überschritten würden und die Pflicht bestehe, darauf zu reagieren?

Er frage:

1. Werden die Grenzwerte der EU-Richtlinien im Stadtgebiet überschritten? Wenn Ja, für welche Schadstoffe und an welchen Stellen?
2. Gibt es einen Bedarf, zusätzliche Messstellen einzurichten, insbesondere für Feinstaub?
3. Welche Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität sind notwendig bzw. vorgesehen?

Herr **Doege**, Beigeordneter für Ordnung, Sicherheit, Umwelt und Sport, antwortete, im Jahr 2003 seien Grenzwertüberschreitungen über die zulässigen 35 Tagen hinaus vorgekommen. Im Jahr 2004 seien bis Ende September 28 Tage registriert worden. Es sei jedoch davon auszugehen, dass auch in diesem Jahr diese 35 Tage überschritten werden. Gemeinsam mit dem Landesamt für Umweltschutz und dem Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt befinde man sich in der Erarbeitung des Luftreinhalteplanes. Daraus ableitend habe die Stadtverwaltung die Aufforderung bekommen, im Laufe des 1. Quartals 2005 für den daraus folgenden Aktionsplan mögliche verkehrsorganisatorische und verkehrsplanerische Maßnahmen vorzuschlagen, die zu einer Minderung führen sollen. Das Landesamt für Umweltschutz betreibe in Halle vier Luftmessstationen. Bei den Luftschadstoffen handle es sich um Überschreitungen ausschließlich im Bereich der sogenannten Pm-10-Stäube. Er schlage vor, das Thema im Ausschuss für Umweltfragen mit zu erörtern.

Frau **Wolff**, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, fragte, warum im Stadtpark die Lichtenanlagen am Abend ausgestellt werden. Wann werde die dortige ehemalige Baustelle beräumt? Die Ordnung und Sauberkeit am Skaterplatz sollte mehr kontrolliert werden. Zum Thalia Theater: Es sei festgeschrieben, dass das Theater einen Landeszuschuss für das jährlich stattfindende Festival erhalte. Wie werde das im Rahmen des Vertrages behandelt?

Oder sei dies vorhin schon beantwortet worden im Zuge der zusätzlichen Förderung, dass ein Antrag gestellt werden müsse.

Herr **Dr. Marquardt**, Beigeordneter für Kultur und Bildung, antwortete auf die letztgestellte Frage, das sei so.

Die Verwaltung sagte zu den übrigen Fragen eine schriftliche Antwort zu.

Frau **Tannenberg**, PDS-Fraktion, fragte, ob bis zur Tagung des Rechnungsprüfungsausschusses im Januar 2005 damit zu rechnen sei, dass die Jahresabschlussrechnung 2003 dann vorliege.

Herr **Funke**, Beigeordneter Zentraler Service, antwortete, die Jahresrechnung liege vor und werde derzeit in der Verwaltung mit den entsprechenden Stellungnahmen versehen. Es werde versucht, sie so schnell wie möglich in den Rechnungsprüfungsausschuss einzubringen.

Frau **Dr. Haerting**, Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Mitbürger, sprach die verschiedenen Tempo-30-Zonen in der Stadt an. Im Paulusviertel sei zu beobachten, dass dies zunehmend missachtet werde, auch die Regelung der Vorfahrt mit recht vor links.

Sei es möglich, mehr zu kontrollieren und wäre es hilfreich, die Markierungen, die in der Einfahrtsphase aufgebracht worden seien, zu erneuern?

Herr **Doege** antwortete, Messungen im fließenden Verkehr seien ausschließlich der Polizei vorbehalten. Die Stadtverwaltung wende sich vielerlei Hinsicht an die Polizei und weise auf Missstände hin; man bekomme stets die Auskunft der Polizeidirektion, dass Messungen in dem Umfang vorgenommen würden, wie es personell möglich sei.

Die Frage bezüglich der Markierungen werde an das Tiefbauamt weitergeleitet.

Herr **El-Khalil**, CDU-Fraktion, äußerte sich zu den Öffnungszeiten des Weihnachtsmarktes, insbesondere denen der Getränkeverkäufern. Er fragte, welche rechtlichen Gründe, so vom Leiter des Marktamtes angeführt, eine Schließung um 21.00 Uhr rechtfertigten. Er bat um eine schriftliche Antwort.

Herr **Kupke**, CDU-Fraktion, fragte nach dem neusten Stand bezüglich der Müllverbrennungsanlage Lochau.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** antwortete, sie habe sich in einem Schreiben an die RAB gewandt und mitgeteilt, dass die Stadt auf die Erfüllung des Vertrages bestehe. Darauf habe sie noch keine Antwort erhalten. Zwischenzeitlich habe es eine Belegschaftsversammlung in Lochau gegeben; dort sei von einem Vertreter erklärt worden, es werde gebaut. Natürlich hätte sie diese Zusage gern schriftlich.

Weitere Fragen wurden nicht gestellt.

**zu 10      Mitteilungen**  
**zu 10.1    Information des Projektsteuerers IPM an den Stadtrat der Stadt Halle**  
**(Saale) "28. Quartalsbericht Straßenbahnneubaumaßnahme Halle-**  
**Neustadt/ Hauptbahnhof"**  
Vorlage: IV/2004/04605

---

**Wortprotokoll:**

Herr **Bartl** verwies auf die schriftlich vorliegende Information unter TOP 10.1.  
Er teilt mit, dass die Fraktion der PDS Antrag auf Akteneinsicht in die Unterlagen Bauantrag zur Errichtung von Parkplätzen an der Vogelweide/Edeka-Kaufhalle gestellt habe.

Weitere Mitteilungen wurden nicht abgegeben.

Der Vorsitzende des Stadtrates beendete die 6. öffentliche Tagung des Stadtrates.

**Harald Bartl**  
Vorsitzender des Stadtrates  
der Stadt Halle (Saale)

**Ingrid Häußler**  
Oberbürgermeisterin  
der Stadt Halle (Saale)

Kraft  
Protokollführerin